

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



Nr. 39

SEPTEMBER 1981

DM 1,-

Neutronenbomben, Pershingraketen...

NATO auf Kriegskurs



Abschußlafette für Neutronengeschöß: Acht-Zoll-Haubitze der Bundeswehr

Reagans Entscheidung, die Neutronenbombe zu bauen, hat in Westdeutschland (und ganz Westeuropa) einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen und der Welle des Antiamerikanismus neuen Auftrieb gegeben. Reagan baut und stationiert die Cruise Missiles und Pershings II, läßt am Jahrestag des Holocaust von Hiroshima verkünden, sie auch in Japan und Südkorea einbunkern zu wollen. Reagan baut den B-1-Bomber, stationiert neue MX-Raketen, plant eine Verlagerung von US-Truppen in der Bundesrepublik näher an die Grenze zur DDR und jetzt baut er die vornehmlich zum Einsatz in Deutschland bestimmte Neutronenwaffe – macht euren Krieg ohne uns und anderswo, ist die allgemeine Reaktion der pazifistischen und nationalistischen Antikriegsbewegungen von Amsterdam bis Bonn. Keine Stadt in Westdeutschland, in der es in diesen Tagen nicht eine Demonstration gegen die Neutronenwaffe gibt.

Der Antiamerikanismus reicht bis in die Spitzen der SPD. Der *Vorwärts*-Herausgeber und Ostpolitiker Egon Bahr, der die Neutronenwaffe als „Perversion des Denkens“ und „ausgezeichnete Angriffswaffe“ bezeichnet, schrieb nach Reagans Entscheidung: „Ich bin dafür, daß wir die Stationierung ablehnen... weil es dem deutschen Interesse zuwiderlaufen würde.“ („Ronald Reagans Atomkurs verschärft die Lage – Die Ablehnung der Neutronenwaffe muß schnell und klar kom-

men“, *Vorwärts*, 13. August. Besagte Ausgabe enthält allein drei große anti-amerikanische Artikel.) Eine Woche später fügt er hinzu: „Die (Mittelstrecken-) Raketen können die Sowjetunion treffen, die Neutronenwaffen ‚nur‘ Deutschland.“ Hans Koschnick, Bremer Bürgermeister und SPD-Präsidiumsmitglied, unterschrieb als einer der ersten einen Aufruf „Für Abrüstung in Ost und West, stoppt die Neutronenwaffen“. Führende Sozialdemokraten möchten mit der quasi über Nacht angelegierten Kampagne vergessen machen, daß die Mittelstreckenraketen nicht weniger tödlich als die Neutronenwaffen sind und daß das *gesamte imperialistische Mordarsenal* in den Händen der NATO, gerade auch der *Bundeswehr*, einen Holocaust auslösen könnte, der die gesamte Menschheit vernichtet.

1978, nach Carters Produktionsverschiebung der Neutronenwaffe (deren möglicher Bau und Stationierung in Westdeutschland von Helmut Schmidt begrüßt worden war), schrieben wir:

„Die allgemeine öffentliche Haltung gegenüber der Neutronenbombe ähnelt der gegenüber dem Schrecken der chemischen oder bakteriologischen Kriegsführung. Während die US-Imperialisten jedoch heuchlerisch von einem großangelegten Einsatz letzterer Mittel absehen – aufgrund ihres beschränkten militärischen Nutzens –, ist es unwahrscheinlich, daß

sie die Neutronenbombe aufgeben, die sich für eine Vielzahl von militärischen Zwecken eignet, einschließlich ‚chirurgischer‘ konterrevolutionärer Maßnahmen in der ganzen Welt und in den Vereinigten Staaten selbst. Die NATO betrachtet die N-Bombe als Antwort auf die überwältigende Mehrheit, die der Warschauer Pakt an in Zentraleuropa stationierten Panzern besitzt.“ (*Kommunistische Korrespondenz* Nr. 22, Juli 1978)

Zehntausende Kriegsgegner, die am 10. Oktober in Bonn marschieren werden, glauben, durch pazifistische Appelle an die bürgerliche SPD/FDP-Regierung und an die NATO die weitere zusätzliche atomare Aufrüstung auf westdeutschem Boden verhindern zu können und so dem drohenden Krieg entfliehen zu können. Eine Million Leute haben ihre Unterschrift unter den Krefelder Appell gesetzt, der Schmidt und Genscher auffordert, „im Bündnis (d. h. der NATO) künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden Krieges sein zu wollen“. Willy Brandt, reaktiver Ostpolitiker und sozialdemokratische Vaterfigur, weiß dann auch sehr gut, daß der Appell nicht nur anti-amerikanisch, sondern auch antisowjetisch ist. Er hat „Breschnjew wissen lassen, es sei ein Fehler, zu glauben, diese Leute engagierten sich für die Politik Moskaus: ‚Die mögen

russische Raketen auch nicht“ (*Frankfurter Rundschau*, 27. Juli).

Gleichzeitig wird das Verbot sämtlicher Kernwaffen gefordert. Wann sind *jemals* Waffen durch Verbote beseitigt worden? Die Illusion der neuen Friedensbewegungen, die imperialistische Bourgeoisie würde sich freiwillig entwaffnen lassen, deren Militärbündnis NATO lasse sich reformieren, eine „alternative Verteidigungspolitik“ würde für Frieden sorgen, kann tödlich sein. Die kapitalistische Gesellschaft *an sich* ruft Krieg hervor. Wer wirklich gegen den imperialistischen Krieg kämpfen will, muß *organisiert*, durch eine revolutionäre internationalistische Partei, für den Sturz der imperialistischen Kriegstreiber und ihrer Klassenherrschaft kämpfen. Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Verteidigt die Sowjetunion!

Im Ersten Weltkrieg schickten die imperialistischen Räuber Millionen Arbeiter und Bauern zum gegenseitigen Abschachten ins Feld, um sich Märkte und Kolonien, einen „Platz an der Sonne“ zu erobern bzw. gegen Rivalen zu verteidigen. Auch der Zweite Weltkrieg war primär ein innerimperialistischer Krieg. Alliierte Bomber legten Dresden und Hamburg in Schutt und Asche. Die Vereinigten Staaten lieferten der Sowjetunion aber gewiß nicht aus Sorge um die

Fortgesetzt auf Seite 8

10. Oktober in Bonn: Demonstriert mit der TLD!

Verteidigt DDR und Sowjetunion! Nieder mit der NATO!

Zehntausende werden am 10. Oktober gegen die wachsende Kriegsgefahr demonstrieren. Reagans Beschluß, die Neutronenbombe zu produzieren, hat die Kriegsfurcht in der deutschen Bevölkerung noch verstärkt. „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ und die „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ reagieren darauf mit Appellen an die europäischen Mitgliedsländer der NATO, ihre Zustimmung zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen, und treten für ein atomaffenfreies Europa ein.

Das führt in die falsche Richtung!

US-Präsident Reagan und sein Dr. Seltman, Alexander Haig, haben zum Kreuzzug gegen die Sowjetunion geblasen! Aktive Schützenhilfe erhalten sie durch ihre Allianz mit der VR China, deren Staatsbürokratie nicht begreift, daß ihre Handlangertätigkeit sich langfristig gegen sie selbst richten muß, daß der US-Imperialismus auch keinen chinesischen Arbeiterstaat dulden wird. Reagan und Haig wollen die Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten für den kapita-

listischen Weltmarkt zurückerobern. Über die Zerstörung Kubas und Vietnams, der DDR und der Sowjetunion will der amerikanische Imperialismus seine Hegemonie wiederherstellen. In diesem Feldzug muß man Seite beziehen: die Verteidigung von DDR und Sowjetunion als historisch fortschrittliche Staaten und zwar trotz der dort herrschenden Bürokratie. Nur wer sich in der Lage zeigt, Planwirtschaft, kollektives Eigentum und Außenhandelsmonopol vor der Zerstörung durch den Kapitalismus zu retten, ist

auch fähig, dem Weltproletariat Kampfschritte zur Verhinderung eines atomaren Holocaust zu weisen.

SPD und DGB tun ihr Möglichstes, um den offensiven Charakter der NATO-Aufrüstung zu verschleiern. Auch der von der DKP initiierte Krefelder Appell akzeptiert die Existenz des aggressiven antisowjetischen NATO-Bündnisses und schürt Illusionen in die Möglichkeit einer friedliebenden Bundeswehr. Westdeutschland verfügt bereits

Fortgesetzt auf Seite 2

Klassenjustiz schont NS-Verbrecher

Skandalurteile im Majdanek-Prozeß

Nach fast sechs Jahren nahm am 30. Juni der längste Prozeß in der Geschichte der BRD ein voraussehbares skandalöses Ende. Außer der lebenslänglichen Freiheitsstrafe für die ehemalige SS-Aufseherin Hermine Ryan-Braunsteiner wurde Freiheitsentzug von drei bis zwölf Jahren verhängt. Ein früherer KZ-Wächter wurde aus „Beweismangel“ freigesprochen, ebenso wie ein SS-Arzt und drei Aufseherinnen, die schon 1979 auf freien Fuß gesetzt worden waren. Dieses empörende Urteil ist eine grausame Verhöhnung der überlebenden Opfer der faschistischen Terrorherrschaft und demonstriert erneut, daß die Tausende von Besessenen des Herrenwahns und Betreiber der Endlösung den westdeutschen „demokratischen Staat“ nicht zu fürchten brauchen.

Im Vernichtungslager Majdanek wurden nach polnischen Schätzungen von 1941 bis zur Befreiung durch die Rote Armee 1944 1,5 Millionen Menschen vergast, zu Tode gefoltert und erschossen. In Polen wurden 108 SS-Schergen, im Ausland sieben des 1038 Mann starken Wachpersonals der Todeshölle von Majdanek verurteilt. In der BRD wurden 387 Majdanek-Verfahren zwischen 1945 und 1965 eingeleitet, in diesem Zeitraum wurden keine Urteile gefällt. Der überwältigende Teil

der Mörderbande konnte unbehelligt in Freiheit leben, wie Hermine Ryan-Braunsteiner, die erst 1973 von den USA an die Bundesrepublik ausgeliefert wurde. Die stellvertretende Aufseherin, die von ihrem Verteidiger Selas als „ganz kleines Rädchen“ hingestellt wurde, von den Nazis „für besondere Verdienste“ mit dem Kriegsverdienstkreuz Zweiter Klasse ausgezeichnet, wurde im Lager wegen ihrer Fußtritte mit eisenbeschlagenen Stiefeln „die Stute“ genannt. Ihre Mordkumpantin Hildegard Lächert („blutige Brygida“), die zu Beginn des Prozesses zuversichtlich prophezeite „Von uns wird keiner mehr sitzen!“, hetzte ihren Schäferhund auf eine Jüdin, der die schwangere Frau zerfleischte und ihr dann den Embryo aus dem Leib riß. Lächert, die noch im Juni 1979 für die neofaschistische „Aktion Nationales Europa“ bei den Wahlen zum Europaparlament kandidierte, bezahlt für ihr blutiges Geschäft mit nur 12 Jahren Gefängnis. Der Hauptangeklagte Hackmann war an der Erschießung von mindestens 200 typhuskranken Häftlingen beteiligt.

Der Majdanek-Prozeß hat vor allem durch die Verschleppungstaktik und die rassistischen Äußerungen der durch die Bank rechtsgerichteten Verteidiger der NS-Verbre-

Erst die Arbeiterregierung wird jeglichem faschistischen Terror ein Ende setzen. Bild: SS-Männer ermorden sowjetische Bauern.



cher Proteste im In- und Ausland ausgelöst. Im Juni 1978 versuchte ein ehemaliger KZ-Häftling, sich vor der deutschen Botschaft in Tel Aviv aus Empörung über die Länge des Verfahrens zu verbrennen. Die Rechtsanwälte benutzten den Gerichtssaal als Propagandatribüne zur Rechtfertigung der braunen Barbarei, indem sie die Vergasung von Kindern in Majdanek mit Schwangerschaftsabbrüchen verglichen oder feststellten, auch wenn sich ihre Mandanten geweigert hätten:

„Die Juden wären trotzdem umgebracht worden.“ Als ob ihm sechs Millionen Juden nicht genügen, verlangte der inzwischen verstorbene Verteidiger von Ryan-Braunsteiner ein Gutachten über den unterschiedlichen Geruch von verbranntem Menschen- und Tierfleisch. Der neofaschistische Anwalt Ludwig Bock lehnte gleich am ersten Verhandlungstag einen Sachverständigen mit der Herrenmensch-Begründung ab, er habe

Fortgesetzt auf Seite 11

10. Oktober: Verteidigt...

Fortsetzung von Seite 1

über die größte Raketendichte der Welt. Abrüstungsideologien zu verbreiten, bedeutet nur die politische Entwaffnung der Arbeiterklasse. Noch nie hat die Bourgeoisie freiwillig auf ihre Mittel zur gewaltsamen Machtausübung und zur Kriegsführung verzichtet. Kapitalismus bringt Krieg hervor, mit der gleichen Gesetzmäßigkeit, wie die Pest Beulen.

Der Traum von einem friedlichen, neutralen Deutschland, unabhängig von den beiden „Supermächten“, kann der Realität nicht standhalten. Westdeutschland ist das wichtigste NATO-Mitglied in Europa, Brückenkopf des Antikommunismus, Ostdeutschland das zweitstärkste Mitglied im Warschauer Pakt. Die westdeutsche Bourgeoisie hat viele Vorbehalte gegen Reagans blinden Antisowjetismus und Haigs Haudegenpolitik – sie will ihr profitables Gas-Röhren-Geschäft durchsetzen, sie zählt gegenwärtig eher auf die innere Unterminierung der Arbeiterstaaten. Aber sie weiß, daß ihre Interessen nicht von denen der NATO/USA zu

trennen sind. Die Losung für ein neutrales Gesamt-Deutschland ist illusionär und ist in zweifacher Hinsicht gegen die deutsche Arbeiterbewegung gerichtet: zum einen bedeutet sie die Aufforderung zur sozialen Konterrevolution in der DDR, das heißt die Kapitalistenklasse wieder an die Macht zu bringen. Zum anderen fördert diese Losung den wachsenden Chauvinismus in Westdeutschland, der hinter dem Antiamerikanismus blüht und hier eine ideologische Kriegsaufrüstung der westdeutschen Arbeiterklasse darstellt.

Die sozialdemokratisch beherrschte DGB-Führung spielt ihre Rolle als Agent der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung voll aus. Sie poliert in einer gemeinsamen Erklärung mit der Bundeswehr das angeschlagene Image ihres eigentlichen Todfeindes auf und bereitet für den „Ernstfall“ die Vaterlandsverteidigung vor. Die Bundeswehr ist eine imperialistische Armee. Deutsche Leopardpanzer sollen genauso wie die US-Mittelstreckenraketen eingesetzt werden, um das Kapitel Sowjetunion für immer zu schließen. Westdeutschland ist und bleibt eine der stärksten imperialistischen Mächte der Welt. Nichts zeigt dies deutlicher als die blutige Patenschaft für die türkische Junta. Für uns hier in Westdeutschland und Westberlin hat Liebknechts Losung die gleiche Gültigkeit wie für unsere Klassenbrüder in den USA: **Der Hauptfeind steht im eigenen Land!** – das bedeutet für den Sturz der „eigenen“ kriegstreiberischen Bourgeoisie durch die proletarische Revolution zu kämpfen.

Der Pazifismus, der „Frieden ohne Waffen“ schaffen will, läßt in Wahrheit die Arbeiterklasse unbewaffnet vor dem Feind, drängt sie wie am 10. Oktober sogar in ein Bündnis mit der Bourgeoisie. Eine Welt ohne Krieg muß erst erkämpft werden, *eine Welt ohne Krieg wird es erst geben, wenn die Arbeiterklasse weltweit der Bourgeoisie die Macht entrisst hat.* Man muß eine Seite beziehen gegen den Imperialismus, für die Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten und der Sowjetunion, eine Seite für die Kämpfer gegen imperialistische Sklaverei und die Generale von Argentinien und Chile bis zur Türkei und Südkorea! Wir verteidigen Nicaragua und Angola gegen den Versuch, ihnen das imperialistische Joch wieder aufzuzwingen, wir sagen: **Militärischer Sieg den Aufständischen in El Salvador!** Eine militärische Intervention des US-Imperialismus würde in El

Salvador nicht halt machen. Kuba heiße der nächste Dominostein. **Die Verteidigung Kubas und der Sowjetunion beginnt in El Salvador.**

Der DGB erweckt in seinem „Friedensaufruf“ den Eindruck, als sei das neue Aufblühen des Kalten Krieges Produkt der sowjetischen „Aggression“ in Afghanistan. In Afghanistan kämpft die Rote Armee gegen die von Pakistan und der CIA gestützten Khane, gegen Schleierzwang und Brautpreis für afghanische Frauen, für deren Recht, lesen zu lernen. In Afghanistan stellt sich die Alternative eines finsternen Mittelalters oder die Möglichkeit historischen Fortschritts: **Sieg der Roten Armee in Afghanistan!**

Die Forderung nach der Abrüstung der Sowjetunion bedeutet eine Entwaffnung des Proletariats, denn ohne den Besitz von Atomwaffen hätten die Imperialisten längst einen atomaren Angriff auf die UdSSR versucht. Wir verteidigen die Kapazität der Sowjetunion, sich mit Waffen gegen den räuberischen Imperialismus zu wehren; was wir der Bürokratie vorwerfen, ist ihre verräterische Diplomatenpolitik der friedlichen Koexistenz, durch die sie ständig die Existenz des Arbeiterstaates aufs Spiel setzt! Die einzige wirkliche Verteidigung ist der Kampf für die proletarische Weltrevolution und den Sturz der Bürokratenkaste durch das Proletariat.

Es gibt nur einen Weg, für den Frieden zu kämpfen! Das deutsche Proletariat kann eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den drohenden Vernichtungskrieg spielen und das heißt eine Schlüsselrolle im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Durch Deutschland verläuft die Frontlinie des von Reagan, Haig und der deutschen Bourgeoisie vorbereiteten Krieges und sie zieht sich quer durch Berlin. Die Frontstadt Westberlin stellt mit brutaler Direktheit die Frage: „Auf welcher Seite stehst du?“ **Die Verteidigung von DDR und Sowjetunion beginnt in Berlin.** Für das Proletariat in Ost- und Westdeutschland gibt es nur eine Lösung: **die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!** Die westdeutsche Arbeiterklasse muß das Ausbeutersystem des Kapitalismus durch die sozialistische Revolution zerschlagen. In der DDR muß eine proletarisch-politische Revolution gegen die herrschende Bürokratenkaste durchgeführt werden. Ein revolutionär wiedervereinigtes

Deutschland kann zum Fanal für die sozialistische Weltrevolution werden.

Der Kampf gegen den Krieg kann nur ein internationaler Kampf sein! Um zu verhindern, daß das Proletariat erneut als Kanonenfutter für die Interessen des Imperialismus geopfert wird, muß der Kampf für den Aufbau einer revolutionären Partei geführt werden. Der Kampf gegen den Krieg ist der Kampf für die Wiedergeburt der Weltpartei des Proletariats im internationalen Klassenkampf, **der Kampf für die Vierte Internationale!**

Am 10. Oktober in Bonn stellt sich die Wahl, mit den Pfaffen, die mit ihrem pazifistischen Gift die Köpfe der Kriegsgegner vernebeln wollen, mit den Apologeten der Entspannungs-Bürokratie, der DKP, alternativen Vaterlandsverteidigern und ausgemachten Feinden der Sowjetunion wie dem KBW in einem Block zu demonstrieren – und das heißt letztlich die eigene Bourgeoisie zu stärken! – oder im revolutionären Block der TLD zu marschieren, unter dem einzigen Programm, das für immer mit imperialistischen Kriegen Schluß machen wird. Darum, wenn du den Frieden willst, demonstrier mit der TLD unter den Losungen:

- **Klassenkrieg gegen die eigene Bourgeoisie!**
- **Nieder mit der NATO! Nieder mit der Bundeswehr!**
- **Verteidigt DDR und Sowjetunion!**
- **Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!**

TLD-Veranstaltungen

REVOLUTIONÄRE GEGEN NATO-KRIEGSKURS: VERTEIDIGT DDR UND SOWJETUNION!

FRANKFURT

Samstag, 26. September, 15.00 Uhr
Sachsenhausen, Affentorplatz,
Affentorhaus, Raum 5

HAMBURG

Mittwoch, 23. September, 19.00 Uhr
Martin-Luther-King-Haus
Grindelallee 9

WESTBERLIN

Donnerstag, 24. September, 19.00 Uhr
Mehringhof, IV. Aufgang, 1. Stock
Gneisenaustraße 2
Nähe U-Bahnhof Mehringdamm

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen
Spartacist Tendenz

CHEFREDAKTEUR: Frank Behr

REDAKTION: Elke Gasper, Wolfgang Hohmann,
Silvia Lenz, Christoph Steiner (herausgebender
Redakteur), Fred Zierenberg

PRODUKTION: Michael Melcher

VERTRIEB: Henning Weber

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
Wolfgang Hohmann, 6000 Frankfurt/Main 1

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in
allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich
organisierten Betrieb.
ISSN 01 733-7430

U.S. Reviews Stand on Deporting Alien Trotskyists

By ARNOLD H. LUBASCH

An immigration official testified yesterday that a review was being conducted to determine whether aliens who belong to the Socialist Workers Party can be deported from the United States.

Glenn A. Bertonesi, acting associate commissioner of enforcement for the Immigration and Naturalization Service, presented the testimony in the four-week trial of the party's \$60 million lawsuit against the Government in Federal District Court in Manhattan.

After the immigration review was disclosed, the Socialist Workers issued a statement saying that the action could subject hundreds of party members and supporters to deportation proceedings "merely because of their political ideas."

Jack Barnes, the party's national secretary, added that the Government was reporting to "trotskyists and internationalists" that the lawsuit would be used to defend itself in the lawsuit which...

to believe that the Socialist Workers Party of the United States is an organization that advocates the economic, national and governmental doctrines of world communism.

According to the testimony of Mr. Bertonesi, the Immigration Service has and taken the review of the Socialist Workers to decide if the party should be classified as a "proscribed" organization that advocates totalitarian doctrines of world communism. If it is so classified, he said, deportation proceedings could be taken against aliens who have been members of the party.

Authority to deport members and affiliates of organizations given that classification, Mr. Bertonesi said, comes from provisions of the Immigration and Nationality Act of 1952, known as the McCarran-Walters Act.

Mr. Bertonesi testified that the Immigration Service recorded the...



SECRET POLICE ON TRIAL

SOCIALISTS VERSUS FBI, CIA, INS

PRESIDENT PARDONS 2 EX-F.B.I. OFFICIALS IN 1970'S BREAK-INS

HAILS THEIR BUREAU RECORDS

Felt and Miller Regard Decision as Vindication of Their Actions

—Prosecutor Distressed

By ROBERT PEAR

WASHINGTON, April 18 — President Reagan announced today that he had granted unconditional pardons to two former officials of the Federal Bureau of Investigation who were convicted of conspiring to violate the constitutional rights of Americans. The two men authorized Government agents to break into homes in search of another radical in the early 1970's.

The New York Times

Angesichts der Offensive Reagans behauptet die SWP, durch ihren „Watersuit“ die US-Geheimpolizei am Wickel zu haben

SWP-Prozeß gegen FBI

Reformismus vor Gericht

Die amerikanische Socialist Workers Party (SWP, Schwesterorganisation der Gruppe Internationale Marxisten) hat es endlich geschafft; seit dem 2. April läuft die öffentliche Verhandlung in ihrem Zivilprozeß gegen die Regierung. Vor fast acht Jahren, in der Zeit nach der Watergate-Affäre, strengte die SWP ihre Klage an. Die nach dem Gesetz über die „Freiheit der Information“ ermöglichten Enthüllungen dokumentierten einige der „schmutzigen Tricks“ des FBI gegen die SWP im Rahmen des üblen COINTELPRO (Counter Intelligence Program), einem Projekt zur Unterwanderung und Zerstörung linker Organisationen. Bis zum 25. Juni vernahm der Richter Thomas Griesa die Zeugen, dann wurde der Prozeß für den Sommer unterbrochen, und danach werden beide Seiten ihre Schußplädoyers halten.

Wenn man der SWP glauben will, so war der Fall bisher eine ununterbrochene Serie von niederschmetternden Schlägen gegen das FBI und seine kriminellen Verbündeten. „Nach der Beendigung des ersten Tages ist es deutlich geworden, daß die Regierung durch die sozialistische Strategie vor Gericht ins Schleudern geriet“ war die bescheidene Einschätzung der SWP-Zeitung *Militant* vom 17. April. Jede der darauffolgenden Nummern hat immer wieder das gleiche Thema herausgeholt: die SWP hat „die Regierung auf die Anklagebank gesetzt“. Aber das auffälligste an diesem Prozeß ist das Ausmaß, in dem die SWP und nicht die Regierung auf der Anklagebank sitzt.

Wie vorauszusehen war, gibt die Regierungsseite so gut wie nichts zu. Ungerührt reicht sie jede Verleumdung, die jemals von einem FBI-Spitzel „berichtet“ wurde, als Beweismaterial ein. Sie besteht darauf, die Linke auf der Basis von kraß antidemokratischen Gesetzen zu „untersuchen“ und präsentiert dem Gericht akademische Typen der Hoover-Institution, die als „Experten“ über den Sozialismus aussagen. Sie entschuldigt sich praktisch nicht im geringsten für ihre Einbrüche, ihr illegales Telefonanzapfen und ihre provokatorischen Briefe; sie verteidigt Deportierungen, Entlassungen und Ausweisungen; sie fordert den Schutz der Anonymität ihrer Spitzel, die sie in linke und schwarze Organisationen und in Gewerkschaften eingeschleust hat (das sogenannte „Informantenprivileg“).

Am 24. April gab die Regierung bekannt, daß die Einwanderungsbehörde INS die SWP „überprüft“, um die Möglichkeit zu erkunden, daß SWP-Mitglieder allein auf der Basis ihrer politischen Ansichten „ausgewiesen oder deportiert“ werden können. Diese rachsüchtige Provokation ruft das Gespenst einer der gemeinsten Waffen der Hexenjagd in Erinnerung – man denke nur an die Palmer-Verfolgungen von 1919, als Hunderte von Kommunisten, Anarchisten und andere deportiert wurden, die im Ausland geboren waren. Während der McCarthy-Ära wurden Deportationsmaßnahmen gegen Hunderte von ausländischen Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Partei durchgeführt, darunter etliche, die bereits lange Jahre in den USA wohnten. Gesetze wurden verabschiedet, die es für Kommunisten oder ehemalige Kommunisten zum Kapitalverbrechen machten,

auch nur einen Paß zu beantragen.

Dennoch ging die SWP mit einer relativ starken Ausgangsposition vor Gericht. Besonders in der Nixon-Periode mit ihren paranoiden Watergate-Methoden beging eine Regierung, die unfähig war, zwischen Linkliberalen und Maoisten zu unterscheiden, antidemokratische „Exzesse“. Als das alles ans Licht kam, waren die Liberalen ehrlich darüber empört, daß Nixon die Demokratische Partei behandelte, als ob sie die GPU wäre. Das FBI distanzierte sich von einigen seiner Verbrechen, deren irrationaler Charakter besonders augenfällig war, und die Kräfte, die FBI und CIA reformieren und straffen wollten, sagten: Macht mit eurer Vergangenheit reinen Tisch. In dieser Periode durchsuchten militante Pazifisten ein FBI-Büro in Media, Pennsylvania, wodurch das COINTELPRO-Programm ans Tageslicht kam. Es stellte sich heraus, daß das FBI mit ungezählten Einbrüchen gegen die SWP vorgegangen war, eine vorgeblich sozialistische Organisation, die für ihre Neigung bekannt war, radikaleren Demonstranten zuzurufen: „Seid friedlich und legal!“. Ungefähr 90 Fälle von „heimlichem Eindringen“ allein in die Zentrale wurden bekannt. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, log die Regierungsseite in den Voruntersuchungen, was das Zeug hielt, und verletzte Richter Griesas vornehme Vorstellungen vom Fair play. Bei schnellerem Abschluß der Voruntersuchungen wären die Chancen der SWP besser gewesen; aber sie wird sich kaum darüber beklagen können, leugnet sie doch jede politische Verschiebung nach rechts in den USA. Für die SWP gibt es jedes Jahr eine neue „Radikalisierung“ und ständig neue SWP-Resolutionen mit dem Titel „Der neue Aufstieg des XY-Kampfs“. Die absonderliche Vorstellung der SWP von der sozialen Realität außerhalb des Gerichtssaals drückt sich in der Einschätzung ihres „Watergate-Prozesses“ („Watersuit“) aus:

„Damals in den fünfziger Jahren war das große, alte Gerichtsgebäude Schauplatz einiger der notorischsten antikommunistischen Komplote. Dort wurden die Rosenbergs zum Tode verurteilt. Führer der Kommunistischen Partei wurden zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Aber heute sind wir in den achtziger Jahren, und die Regierung sitzt auf der Anklagebank“ (*Militant*, 17. April).

Die SWP nahm von der Wahl Reagans kaum Notiz. Daß Carters antisowjetischer „Menschenrechts“-Kreuzzug und Reagans und Haigs Feldzug gegen den „internationalen Terrorismus“ die unheilschwangere Absicht verfolgten, den Kalten Krieg wiederzubeleben, wurde von ihr fast nicht zur Kenntnis genommen. Sie zieht keine Schlüsse aus den Attacken der Kapitalisten auf hart erkämpfte Errungenschaften der Gewerkschaften und aus der passiven Niederlagenstrategie der Gewerkschaftsbürokraten. Das gleiche gilt für die Rücknahme der minimalen Errungenschaften der liberalen Bürgerrechtsbewegung und den Bankrott der schwarzen Führung.

Die SWP schließt die Augen vor den Flammenkreuzen des eskalierenden Nazi- und Klanterrors von Kalifornien an der Westküste bis Connecticut an der Ostküste. Aber die

tödlichen Kugeln für fünf Linke in Greensboro 1979 am helllichten Tage durch die immer offener auftretenden rassistisch-terroristischen Randgruppen – und die darauf folgende Freisprechung der faschistischen Mörder – spiegeln nur die Rechtsentwicklung des gesamten bürgerlichen Spektrums wider. Die SWP klammert sich mit aller Macht an die Illusion, daß die Kriegshetze des amerikanischen Imperialismus gegen die UdSSR keine Rückwirkungen auf die amerikanische Linke haben wird (zumindest die nichtstalinistische Linke). Aber der Krieg der Bourgeoisie gegen die Gewerkschaften im Inland, die Kriegstreiberei für einen globalen Antikommunismus im Ausland riecht nach Hexenjagd in nicht zu ferner Zukunft.

In diesem Zusammenhang stellen sowohl die Versuche der Regierung, ihre Überwachung der SWP mit dem Vorwurf des „Terrorismus“ zu rechtfertigen, als auch die Bemühungen der SWP, sich als das Bilderbuchmodell einer zahmen parlamentaristischen Partei darzustellen, eine Gefahr für die Linke dar. Dieser Prozeß ist wichtig und wird fast von der gesamten Linken hochgejubelt, darunter von der Zeitung *Guardian* und der National Lawyers Guild, einer Vereinigung linker Juristen, hauptsächlich langjähri-

den „Vierten Internationalen“, das die Regierungsanwälte als eine finstere proteroristische Konspiration zu porträtieren suchen. Dagegen bestand die SWP hartnäckig darauf (völlig wahrheitsgemäß), daß ihre „brüderlichen Beziehungen“ mit dem VS keinen realen Einfluß auf die politische Linie oder organisatorische Praxis der SWP haben. Die FBI-Anwälte konterten mit Aussagen von „Experten“ über kommunistische „Doktrin“, die feststellten, wenn sich die SWP als trotzkistisch verstehe, würde sie sich an die Entscheidungen der „Vierten Internationale“ gebunden fühlen, ob sie nun eine offizielle Sektion sei oder nicht. Die Regierungsanwälte versuchten das VS anzuschwärzen, welches in den siebziger Jahren eine Zeitlang aus der Ferne sich in Enthusiasmus für den Guerillakampf in Lateinamerika erging, einschließlich politischer Entführungen in Argentinien und ähnlichen Aktionen. Die Position der Regierungsseite ist, daß alle Linken zumindest Verführte einer internationalen kommunistischen „terroristischen“ Verschönerung sind. Der SWP-Prozeß soll dazu dienen, diese „Erkenntnis“ aller Welt einzubleuen.

Die SWP verteidigt sich mit ihrer reformistischen Opposition zum Zentrismus des VS.



Washington, 3. Mai: Die amerikanischen Troztkisten organisierten den Anti-Imperialistischen Block, die GIM-Schwesterorganisation SWP blieb zuhause und denunzierte die El Salvador-Demonstration von 80 000 als potentiell „gewalttätig“.

ger Fellow-traveller der Kommunistischen Partei. Aber die SWP ist vors Gericht gezogen, um sich als der rechte Flügel des selbsternannten „Sozialismus“ zu präsentieren. Die Zeugenaussage von Peter Camejo vom 25. Juni, daß die SWP nach einer Demonstration in der Region von San Francisco, wo es zu „Gewalttätigkeiten“ gekommen war, sich nicht mehr an dortigen Demonstrationen beteiligte, um damit zu beweisen, daß die SWP keine Gewalt befürwortet, ist ein bezeichnendes Beispiel für die gesamte Stoßrichtung der SWP-Strategie in ihrem „Watersuit“.

Die Beschuldigungen gegen die SWP wegen „Terrorismus“ sind zentraler Bestandteil der Gerichtsstrategie des FBI. Der Hauptbeweis dafür ist der diplomatische Block der SWP mit dem Vereinigten Sekretariat (VS – eine von mehreren konkurrieren-

Nicht ein Wort ihres reformistischen Programms würde die SWP all den Zentristen in der Welt zuliebe ändern. Genauso wenig werden es Nationalsekretär Barnes & Co. zulassen, mit dem Etikett des „Terrorismus“ gebrandmarkt zu werden, bloß um dafür ihren zeremoniellen „Internationalismus“ aufrechtzuerhalten. Als 1974 reaktionäre Journalisten eine Hexenjagd gegen das VS veranstalteten, reagierten die Bürokraten der SWP prompt und schlossen mit Sinn für Symbolik am 4. Juli (dem Nationalfeiertag!) über hundert Mitglieder (die gesamte, mit der VS-Führung sympathisierende Internationalistische Tendenz) aus. Die internen Bulletins über diesen Ausschluß tauchten bald darauf im Gerichtssaal auf: das Prunkstück in den Versuchen der SWP, vor Richter Griesa ihre

Fortgesetzt auf Seite 4

Reformismus...

Fortsetzung von Seite 3

Respektabilität zu demonstrieren. Und der Richter zeigte sich auch beeindruckt:

„Meiner Meinung nach gab es nichts außer einem sehr schwachen Verdacht einer möglichen Implikation von Gewaltanwendung in den Vereinigten Staaten... Angesichts des Ausschlusses der Minderheitsfraktion ist dieser schwache Verdacht im wesentlichen beseitigt worden.“

Die SWP bekräftigte noch vor kurzem erneut ihre unversöhnliche Feindseligkeit gegenüber diesen ex-SWPlern, die in der Schußlinie sowohl der SWP als auch seitens der Regierung stehen. Die Art, wie sie mit Hedda Garza umsprang, zeigt dies deutlich (siehe „SWP's Lying Frame-up of Hedda Garza“, *Workers Vanguard* Nr. 285, 17. Juli).

Für die SWP ist der Prozeß das Finale nach einer langen Periode, wo sie mit ihrem Reformismus immer weiter nach rechts ging. „Watersuit“ ist seit Jahren die Achse ihrer politischen Aktivitäten gewesen. Ihr Ziel ist, höflich ausgedrückt, sehr ehrgeizig: sie will nicht nur von der Bourgeoisie toleriert werden, sondern offiziell als ungefährlich für die Gesundheit der amerikanischen kapitalistischen Klassenherrschaft erklärt werden. Die SWP möchte ein für alle mal klarstellen, daß sie eine legalistische und pazifistische Partei ist, die für sich alle Vorteile der amerikanischen Demokratie beansprucht. Kein Wort davon, die amerikanische Regierung könne etwa selber gewalttätig, rassistisch, imperialistisch sein und ihre eigenen Gesetze mit Füßen treten. Dadurch legitimiert sie das „Recht“ der Regierung, die von ihr ausgemachten Feinde zu bespitzeln, zu schikanieren und mit Lügen und Provokationen vor die Gerichte zu zerren – solange sie die SWP in Ruhe läßt.

Wer sitzt auf der Anklagebank?

Es ist für uns als Revolutionäre wirklich unmöglich, darüber zu diskutieren, wie dieser Prozeß geführt werden sollte. Das Ziel der SWP hat nichts mit unseren marxistischen Zielsetzungen gemein. Es ist zumindest denkbar, daß die SWP auf ihrer Basis diesen Prozeß gewinnen könnte – aus genau den Gründen, aus denen wir es nicht könnten: die SWP hat sich schon vorher von den Grundlagen des revolutionären Marxismus losgesagt und sich soweit wie möglich von der trotzkistischen Verteidigung der Sowjetunion entfernt. Sie schreckt gerade noch davor zurück, sich vom Trotzkismus, der die politische Linie der revolutionären SWP bis in die fünfziger Jahre war, auch explizit zu distanzieren. Uns trennt ein Graben von den erzreformistischen Einschätzungen der SWP über die Natur des kapitalistischen Staates, und wir sind daher schwerlich in der Lage, ihr Tips zu geben, wie der Prozeß geführt werden sollte.

Aber wir können zumindest eines sagen: in ihrem leidenschaftlichen Eifer, guten Willen zu zeigen, hat sich die SWP selbst auf die Anklagebank gesetzt. Daß die US-Regierung, weltweit Feind Nummer eins der

Arbeiterklasse, kein Recht hat, von der SWP Beweise ihres guten Willens zu fordern – schon gar nicht, nachdem die Rechte der SWP mit Füßen getreten worden sind und die Regierung dabei erlappert wurde –, das wäre eine Prozeßstrategie, die der SWP nicht einmal im Traum einfallen würde.

Im Rahmen ihres generellen Verhaltens von süßlicher Konzilianz sind der SWP jedoch während der Verhandlungen einige offensive Vorstöße gelungen. Einer davon geschah am 3. Juni während des Kreuzverhörs von Robert Keuch, einem hochgestellten Beamten des Justizministeriums. Die Chefanwältin der SWP, Margaret Winter, befragte Keuch über einen Bericht vom Juni 1980, der die Verschleierung von FBI-Einbrüchen in das SWP-Hauptquartier betraf. Richter Griesa erhob anfänglich Einwände gegen die Fragen, aber die SWP blieb ausnahmsweise hart. Winter verlas einen Bericht eines ungenannten FBI-Agenten, der über ein Gespräch mit einem ungenannten Beamten des Justizministeriums berichtete, wobei es um die Beschaffung von „vertraulichen Ermittlungsinformationen“ über die SWP ging. Bei dem Gespräch handelte es sich nach dem Agenten um die Genehmigung von Einbrüchen. Verlegen gab Keuch zu, der erwähnte Beamte des Justizministeriums zu sein. Es war ein genüßlicher Moment, der an die Vorladung von Generalstaatsanwalt Griffin Bell wegen Mißachtung des Gerichts im gleichen Fall 1978 erinnerte.

Die SWP ist auch sehr stolz darauf, der Regierung den Bericht über eine Einsatzbesprechung des Nationalen Sicherheitsrats unter J. Edgar Hoover aus dem Jahre 1956 abgerungen zu haben, worin die COINTELPRO-Unterwanderung der Kommunistischen Partei angesetzt wurde. Es ist ein interessantes Dokument, das ein unerwartetes Licht auf den SWP-Fall wirft, denn unter der Rubrik „Methoden“ heißt es in dem Dokument: „Informanten sind der Schlüssel für die Unterwanderung der Partei gewesen... Obwohl wichtige Informanten bis heute durch Zeugenaussagen, die bei Gerichtsverhandlungen benötigt wurden, aufgedeckt wurden, haben wir zur Zeit 921 aktive Informanten...“ (*Militant*, 19. Juni). Ganz im Gegenteil dazu fand es das FBI im „Watersuit“ nicht notwendig, auch nur einen einzigen bisher unentdeckten Spitzel aufzudecken, und die SWP hatte schon vorher eine Übereinkunft getroffen, die ihre Anwälte daran hindert, irgendjemandem die Informationen zukommen zu lassen, die sie aus unzensurierten FBI-Akten über 18 „repräsentative“ Spitzel gewonnen haben (siehe „Bell Shields FBI Finks“, *Workers Vanguard* Nr. 213, 11. August 1979).

Wer steht nun wirklich vor Gericht? Die Antwort darauf findet man am deutlichsten, wenn man die Preisgabe vertraulicher Informationen bei beiden Seiten aufrechnet. Welche Geheimnisse hat die SWP der Regierung abgerungen? Wieviele Spitzel sind enttarnt worden – wenn man einmal von Ed Heisler absieht, einem ehemaligen Mitglied des Nationalkomitees der SWP, der der Partei letztes Jahr mitteilte, er sei ein bezahlter FBI-Spitzel gewesen. Währenddessen hat die SWP ihr Innerstes nach außen gekehrt.

Die Regierung muß zur Bespitzelung der SWP Millionen ausgegeben haben. Das Ergebnis müssen unermessliche Stapel von Agentenberichten sein, die, wie die SWP mit sichtlichem Vergnügen aufzeigte, aus meistens ungenauen Wiedergaben von öffentlichen SWP-Positionen bestehen, die jedem *Militant*-Leser zur Verfügung stehen. Dazu kommen einige Absurditäten, die nur ein J. Edgar Hoover wirklich glauben könnte. Aber im Verlauf der Voruntersuchungen und während des Prozesses selber hat die SWP die Regierung mit einem unglaublichen Ausmaß von sehr wertvollen vertraulichen Informationen über Struktur, Führung, Parteinamen und Finanzen gefüttert.

Wie schon früher in *Workers Vanguard* berichtet, stimmte die SWP zu, ihre Rechtsanwälte daran zu hindern, Informationen über Regierungsspitzel öffentlich zu machen – sogar für die eigene Partei! Das versetzt die SWP-Anwälte in die Position, die schmutzigen Geheimnisse der Regierung für sich zu behalten, so daß die Spitzel weiter als Spione und Provokateure in der SWP und anderen linken Organisationen funktionieren können. Jetzt wo die SWP die Regierung eifertig z. B. mit Parteinamen und den Daten interna-

tionaler Konferenzen versorgt, bestätigt die SWP kostenlos einzelne Informationen von Spitzeln und ermöglicht so der Regierung, diese Informationen im Gerichtssaal zu benutzen, ohne ihre Quellen bloßstellen zu müssen. Dies bedeutet de facto einen Block mit dem vom FBI so eifrig verteidigten „Informantenprivileg“.

„Aber wir haben keine Geheimnisse!“, so klingen uns schon die Einwände der SWP in den Ohren. Die Einwilligung der SWP in fast unbegrenzte Preisgabe von Parteiinternas wirft ein bezeichnendes Licht auf ihre grundsätzlich reformistischen Prämissen. Daran zu glauben, daß friedliche, legale Sozialisten nichts durch Enthüllungen zu befürchten haben, ist dasselbe, wie daran zu glauben, alle guten, ehrlichen Bürger würden von den Herrschenden in Ruhe gelassen werden, die Regierung würde sich fair verhalten, ihre Gesetze beachten und ihre Versprechen halten. Das Kreuzverhör von FBI-Spitzel Heisler durch die SWP am 17. Juni bewies erneut den Glauben von Barnes & Co., daß das Schlimmste, was einem ein FBI-Agent antun kann, darin besteht, dich zum Marihuana-Genuß zu ermuntern (siehe „FBI Informer in the SWP“, *Workers Vanguard* Nr. 268, 4. No-

nach den gleichen Regeln spielen wird, die sie allen anderen aufzwingt.

Barnes Partei akzeptiert, indem sie ihr Innerstes nach außen kehrt, das „Recht“ der Regierung auf Informationen über linke Organisationen und läßt sich damit vollends in die Defensive drängen. Ein solcher Prozeß hätte ein wertvolles Mittel sein können, den schmutzigen, geheimen Krieg der Regierung gegen die Linke publik zu machen und zu versuchen, der Regierung noch mehr Enthüllungen abzurufen. Stattdessen hat die SWP ihre Legalität zur Achse des Prozesses gemacht und hat sich dadurch seit dem ersten Tag selbst in die Rolle des Angeklagten begeben. Und wirklich hatten in den ersten Prozeßtagen viele Teilnehmer sichtlich Mühe, die SWP nicht als „die Beklagten“ zu bezeichnen; offiziell sind sie nämlich immer noch „die Kläger“.

Hemmungslose Selbstentblößung

Die SWP verhielt sich von Anfang an wie erklärte Reformisten, die sorgsam bemüht waren, ihr grenzenloses Vertrauen in das Gericht unter Beweis zu stellen. Eine schmierige, folgenschwere Selbstenthüllung wurde



SWP-Angeklagte von Minneapolis, 1941 – als wirklich Sozialismus vor Gericht stand. Die heute reformistische SWP erklärt, „seit 1941“ keine „illegalen Aktivitäten durchgeführt, geplant oder dafür eingetreten zu sein“, damit implizierend, daß die Trotzkisten von Minneapolis schuldig waren.

vember 1980). Die tiefsetzende Leichtgläubigkeit der SWP in die amerikanische Demokratie mag ein paar bürgerliche Freunde gewinnen und Richter beeinflussen, aber sie ist irrig und lebensgefährlich. Wir wissen, daß es Kategorien von Leuten gibt – Linke, Ausländer, ethnische Minderheiten, – deren demokratische Rechte von heute auf morgen verschwunden sind: man frage nur bei den Amerikanern japanischer Abstammung nach, die während des Zweiten Weltkriegs in den amerikanischen Konzentrationslagern saßen. Wenn die SWP selbst angesichts der Vorgänge um ihren eigenen Prozeß zu solchen Einsichten nicht fähig und willens ist, dann steht sie in der Frage des Staates irgendwo rechts von dem durchschnittlichen sozial engagierten schwarzen Pfarrer.

Damit soll keineswegs gesagt sein, eine wirklich revolutionäre Organisation dürfe vor Gericht nicht ein gewisses Maß von gutem Willen zeigen. Aber die Haltung der SWP reduziert sich auf die simple Aussage: „Wir haben nichts zu verbergen“. Diese Geisteshaltung beruht auf zwei Voraussetzungen: die SWP vermag alle Welt zu überzeugen, daß sie eine „friedliche, legale“ Partei sei; und zweitens: gesetzestreue, sozial engagierte Aktivisten haben von der amerikanischen Regierung nichts zu befürchten.

Für die SWP sind die einzigen Leute, die möglicherweise etwas vor der Regierung zu „verbergen“ haben, solche, die irgendwas auf dem Kerbholz haben. Der Köhlerglaube der SWP, sie habe nichts zu befürchten, weil sie so schön „friedlich und legal“ sei, setzt die Annahme voraus, die kapitalistische Regierung der USA sei ebenfalls „friedlich und legal“. Dies ist ein wichtiger Aspekt der reformistischen Ideologie, obwohl das zuweilen mit einer so törichten Naivität einhergeht, daß man sich fragen muß, ob hier nicht blanke Zynismus im Spiel ist (so zum Beispiel, als Larry Seigle auf der SWP-Schulungskonferenz von 1980 erzählte, die SWP-Führer hätten noch nie etwas von „Deckadressen“ gehört, bis sie sich mit den Prozeßvorbereitungen beschäftigten mußten). Reformisten müssen glauben, daß die herrschende Klasse

am 9. April während der Zeugenaussage von Jack Barnes präsentiert, als dieser über die Beziehungen zum VS sprach. Über den Gebrauch von Parteipseudonymen während der Vormittagssitzung befragt, gab Barnes an, daß Parteinamen eine Vorsichtsmaßnahme für „diktatorische Länder“ seien. Um sein Vertrauen in die USA als freies Land zu demonstrieren, identifizierte er die wirklichen Namen aller SWPler, die in den Protokollen des Internationalen Exekutivkomitees (IEK) des VS mit Parteipseudonymen aufgeführt sind.

Die Regierungsseite eröffnete die Nachmittagssitzung, indem sie Barnes ein Blatt Papier überreichte. „Sind das die Daten und Orte der IEK-Treffen“ (nämlich die der letzten 12 Jahre)? Barnes war sichtlich aus der Fassung. Er antwortete, dies seien „geschützte“ Informationen; ein SWP-Anwalt bestätigte, daß dies Informationen „in camera“ (in privater, nichtöffentlicher Sitzung) übergeben worden seien. Die wirklichen Termine und Orte dieser internationalen Treffen – die wahrscheinlich von den veröffentlichten Angaben abweichen, um einigen Teilnehmern einen gewissen Schutz vor Repressalien zu gewähren – sind der Regierung durch die „eidesstattliche Barnes-Erklärung“ („Barnes affidavit“) übergeben worden. Glaubt Barnes tatsächlich, daß seine Genossen im VS nicht durch seine Informationen an die Regierung gefährdet sind, solange sie nur im Gerichtssaal nicht öffentlich zur Sprache kommen? Oder hatte Barnes gehofft, die Existenz des „Barnes affidavit“ im Gerichtssaal nicht öffentlich zur Sprache kommen zu lassen? Wie auch immer, die Vorspiegelung, die SWP mache einen Unterschied zwischen eigenen Mitgliedern und ausländischen Gesinnungsgenossen, löste sich am 12. Mai während der Aussage Barry Sheppards in Luft auf, als dieser die bürgerlichen Namen von sieben nicht-amerikanischen VS-Führern und ihre entsprechenden Parteinamen bekanntgab.

In der Frage der Preisgabe von vertraulichen finanziellen Informationen wurde die Sache der SWP in den Augen von Richter

Fortgesetzt auf Seite 8

**Dokumente
der
trotzkistischen
Opposition
in
der GIM**

DM 4,-

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Solidarność-Führer gegen Planwirtschaft

„Marktsozialismus“ ist antisozialistisch

Wenngleich die Lieblingspose von Lech Walesa, dem Führer von Solidarność, die eines einfachen Gewerkschafters ist, so ist doch nur-Gewerkschaftertum für Brot- und Butter-Ziele heute in Polen unmöglich. Es gibt weder Brot noch Butter. Zur Zeit des Abkommens von Gdansk im letzten Sommer schrieben wir: „Die großen Lohnerhöhungen, die jetzt bewilligt worden sind, werden entweder zu galoppierender Inflation oder zu noch viel längeren Warteschlangen führen“ (*Spartakist* Nr. 32, September 1980). Inzwischen müßte wohl praktisch jedes Mitglied von Solidarność wissen, daß man die wirtschaftlichen Bedingungen nur verschlechtert, wenn man höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten verlangt und bekommt. Die Führung von Solidarność steht unter Druck von seiten ihrer verantwortlichsten Mitglieder sowie auch von sympathisierenden Intellektuellen und Bürokraten, ein eigenes positives Programm für einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise vorzulegen.

Die zahlreichen linken Advokaten für Solidarność im Westen, wie zum Beispiel Ernest Mandels pseudotrotzkistisches Vereinigtes Sekretariat, berufen sich immer wieder darauf, daß die Solidarność-Führer nie wirklich zur Restauration des Kapitalismus aufgerufen haben, obwohl sie auch fast nie irgend etwas Gutes über eine vergesellschaftete Wirtschaft sagen. In der Tat hat Walesa den amerikanischen wirtschaftlichen Imperialismus gepriesen und hat nach einer stärkeren Durchdringung Polens durch diesen gerufen. Als er vom *Spiegel* (15. Juni) gefragt wurde, wo denn die Investitionen zum Wiederaufbau der polnischen Wirtschaft herkommen sollen, antwortete der Solidarność-Chef: „Na, vielleicht aus dem Westen, in Form von gemischten Kapitalgesellschaften. Ich konnte mich auf meiner Japanreise davon überzeugen, wie stark amerikanisches Kapital zu dem enormen wirtschaftlichen Aufstieg Japans beigetragen hat.“

Die umfassendste und maßgebliche Erklärung von Solidarność zu einem wirtschaftlichen Programm ist bislang ein Dokument mit dem Titel „Der Kurs der Gewerkschaftsaktion in der gegenwärtigen Situation des Landes“, veröffentlicht im *Solidarność-Wochenblatt* vom 17. April (übersetzt in *Intercontinental Press*, 22. und 29. Juni). Dieses Dokument befürwortet eine extreme Version des „jugoslawischen Modells“, indem es sich für autonome Unternehmen auf der Grundlage der Arbeiterselbstverwaltung ausspricht: „... sie (die Selbstverwaltungseinheiten) sollten das Recht haben, die Kontrolle über das Vermögen des Betriebs auszuüben, über die Ziele der Produktion und des Verkaufs zu entscheiden, sowie über die Wahl der Produktionsmethoden und die Ziele der Investitionen. Sie sollten auch über die Verteilung der Profite des Unternehmens entscheiden.“

Das Dokument erläutert ferner, daß „die Betriebe sich selbst finanzieren sollten, daß heißt, sie sollten imstande sein, ihre Kosten aus ihren Einnahmen zu decken“.

Es ist nicht klar, ob die Führung von Solidarność ernsthaft auf das jugoslawische Modell festgelegt ist oder ob sie einfach die üblichen Formeln für liberale ökonomische Reformen in Osteuropa zu Papier gebracht hat. Klar ist jedoch, daß das Programm von Solidarność, wenn es realisiert wird, eine weit größere Katastrophe für die polnische Arbeiterklasse bedeuten würde als diejenige, die wegen der ungläublichen Mißwirtschaft der Stalinisten und der immer weiter zunehmenden

den Konzessionen an bürgerliche Kräfte bereits besteht.

Angesichts der jüngsten Entwicklung der polnischen Wirtschaft, die einer Schußfahrt auf der Achterbahn gleicht, brächten die Konkurrenz des freien Marktes und die Selbstfinanzierung den unmittelbaren Bankrott für Hunderte von Unternehmen, womit Hunderttausende wenn nicht Millionen von Arbeitern auf die Straße geworfen würden. Bezeichnenderweise besteht die einzige Gruppe polnischer Arbeiter, die augenblicklich auf Selbstverwaltung zu dringen scheint, aus den Angestellten der nationalen Fluggesellschaft LOT, einem staatlichen Monopol. Die Autoren des Solidarność-Programms sind realistisch genug, um zu wissen, daß sie damit ein Rezept für sofortige Massenentlassungen ausstellen:

„Die Gewerkschaft erkennt an, daß die Unternehmen das Recht haben werden, den Erfordernissen entsprechende Änderungen im Beschäftigungsniveau vorzunehmen. Jedoch werden die Regierungsbehörden nach wie vor für die Durchführung einer Vollbeschäftigungspolitik verantwortlich sein... Die Selbstfinanzierung der Unternehmen kann auch das Ergebnis haben, daß einige Unternehmen sich verkleinern oder schließen müssen.“

Also sollen die Selbstverwalter die Freiheit haben, nach Belieben Arbeiter zu entlassen, und die Regierung muß irgendwie Wege finden, sie alle zu beschäftigen! Genauso wie sie Nahrungsmittel aufreiben soll, wenn es gar keine gibt. Hier ist das Schema von Solidarność weit schlimmer – noch erbarmungsloser kapitalistisch – als die jugoslawische Praxis. In Jugoslawien ist es den Unternehmen verboten, einen Arbeiter aus wirtschaftlichen Gründen zu entlassen, ohne ihm einen „gleichwertigen Ersatz-Arbeitsplatz“ zu beschaffen. Aber nach dem Plan von Solidarność kann sich die Mehrheit der „Selbstverwalter“ ohne weiteres der Arbeiter in einer nicht oder wenig profitablen Abteilung entledigen, um ihr eigenes Einkommen aufzubessern. Das ist fürwahr „Solidarität“!

Ungleichheit und Arbeitslosigkeit

Sozialismus bedeutet eine demokratisch verwaltete, geplante, egalitäre und international organisierte Wirtschaft. Vor dem Aufkommen des Stalinismus stellte praktisch niemand, der sich als Sozialist betrachtete, diese grundlegenden Prinzipien in Frage. Das Programm des „Marktsozialismus“ hat mit Sozialismus nichts gemeinsam. Im Grunde ist es ein Produkt des liberalen Stalinismus.

Der Anstoß für den „Marktsozialismus“ in Osteuropa geht nicht von den Arbeitern aus, sondern eher von einem technokratischen Flügel der Bürokratie, der auf diese Weise die Starrheit und die Verschwendung der herkömmlichen stalinistischen Planung zu überwinden sucht. Doch in die Praxis umgesetzt, produziert der Wettbewerb zwischen den einzelnen Unternehmen, die auf dem Weltmarkt Handel treiben dürfen usw., starke kapitalistische Tendenzen. Die wichtigsten Befürworter des „Marktsozialismus“, wie der Tscheche Ota Sik und der Pole Włodzimierz Brus, stehen oder standen ausnahmslos weit rechts in der stalinistischen Bürokratie. Die unmittelbaren Auswirkungen des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen, wachsende Arbeitslosigkeit und größere Ungleichheit bei den Löhnen, werden von den Arbeitern stets verurteilt, wie

das in Ungarn und auch in der Tschechoslowakei 1968 der Fall war.

Wir können die Auswirkungen des „Marktsozialismus“ anhand realer Erfahrungen beurteilen. Autonome Unternehmen unter Arbeiterselbstverwaltung wurden der Welt von Titos Jugoslawien kurz nach dem Bruch mit Stalin im Jahre 1948 vorgestellt. Arbeiterräte wählen das Management und kontrollieren die versteuerten Einkünfte. Die Unternehmen sind jedoch gewissen entscheidenden Restriktionen unterworfen, wodurch sie als Staats- und nicht als Gruppeneigentum definiert sind. So können sich die Unternehmen nicht ohne die Billigung der Regierung selbst auflösen oder ihren Maschinenpark verkaufen. Die Arbeiter haben nur solange, wie sie in der Fabrik beschäftigt sind, auch einen Anteil am Profit des Unternehmens; sie haben keine Eigentumsrechte per se. (Für eine kenntnisreiche, obwohl mittlerweile ein wenig überholte Analyse des jugoslawischen Modells und seiner Widersprüche siehe Theo Schulze „Yugoslavia's Way: the Workers' Council System“, *International Socialist Review*, Sommer 1962.)

Gewisse stalinistische Konfusionisten der Neuen Linken wie Paul Sweezy und Charles Bettelheim haben die Arbeiterselbstverwaltung à la Jugoslawien gepriesen, gleichzeitig allerdings den Wettbewerb der Unternehmen auf dem Markt beklagt. Aber in der Wirklichkeit ist eine solche Trennung nicht möglich. Wenn die Arbeiter wirklich voll und ganz die Herren in ihrer eigenen Fabrik sein sollen, dann können sie keinen Anspruch auf den Staatshaushalt für Lohnausgleich oder Investitionen erheben. Die Ausgaben eines beliebigen Unternehmens für Löhne, Prämien, neue Ausstattung usw. können entweder durch die Einnahmen aus dem Verkauf seiner Produkte oder durch die Entscheidung einer zentralisierten wirtschaftlichen Verwaltung begrenzt werden. Auf jeden



Walesa in Solidarität mit der reaktionären polnischen katholischen Kirche

Fall müssen die Ausgaben irgendwie begrenzt werden. Die sozialistische Revolution schafft keineswegs die ökonomische Binsenweisheit ab, daß es ein Schlaraffenland einfach nicht geben kann.

„Marktsozialismus“ bringt auf Grund seines ureigensten Charakters wachsende Ungleichheiten im Einkommen und Arbeitslosigkeit hervor. Überdies wird die Rentabilität oder Unrentabilität eines Betriebes gewöhnlich nur am Rande von der Sorgfalt seiner Belegschaft beeinflusst. Im allgemei-

nen ist der wichtigste Faktor, der den Unterschied zwischen Verkaufspreis und Selbstkosten bestimmt, das relative *Alter* der Fabrik. Im „Marktsozialismus“ werden die Arbeiter, die unglücklicherweise in älteren Betrieben hängengeblieben sind, bestraft mit niedrigeren Einkommen als ihre Kollegen, die in neuen oder neu ausgerüsteten Fabriken beschäftigt sind. Der zweite wesentliche Faktor bezüglich der Rentabilität eines Unternehmens ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem inländischen und/oder auf dem Weltmarkt – wieder etwas, worüber die Arbeiter keine Kontrolle haben. Nach dem theoretischen Schema von Solidarność würden beispielsweise die Arbeiter in den polnischen Kohlegruben profitieren, wenn die OPEC den Preis für Erdöl in die Höhe treibt, weil sie dadurch die Nachfrage nach Kohle verstärkt, und sie würden Einbußen erleiden, wenn der Weltmarkt für Öl übersättigt ist (was momentan der Fall ist). „Marktsozialismus“ verletzt das elementare, sowohl von Gewerkschaftern als auch von Sozialisten geteilte Prinzip von gleichem Lohn für gleiche Arbeit.

Die jugoslawische Erfahrung

In Jugoslawien können wir den „Marktsozialismus“ bislang in voller Blüte sehen. Nach drei Jahrzehnten Arbeiterselbstverwaltung leidet Jugoslawien unter der *höchsten Inflationsrate in ganz Europa*, Ost- wie Westeuropa, unter einer 14-prozentigen Arbeitslosigkeit und unter erheblichen Ungleichheiten im ganzen wirtschaftlichen Leben. Der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit wäre noch wesentlich höher, wenn der Staat nicht routinemäßig Unternehmen, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken, freikaufen würde, freilich um den Preis, eine Inflationsrate zu nähren, die sich inzwischen auf 50 Prozent im Jahr beläuft (*Economist*, 1. August)! Und mittlerweile schicken sie ihre „überschüssigen“ Söhne und Töchter zum Arbeiten ins kapitalistische Westeuropa: Geldüberweisungen von Jugoslawen aus dem Ausland entsprechen mehr als der Hälfte des Gesamtwerts aller exportierten Güter.

Tatsächlich hat der Wettbewerb zwischen den einzelnen Unternehmen in Kombination mit dem Föderalismus die regionalen Unterschiede ausgeweitet, somit aber auch nationale Konflikte verschärft, die das Land auseinanderreißen könnten. Jugoslawiens höchstentwickelte Republik, Slowenien, erfreut sich wirtschaftlicher Bedingungen, die denen des benachbarten Österreich vergleichbar sind, wogegen das von Albanern bewohnte Kosovo weit mehr der Türkei gleicht. Obendrein ist die Kluft zwischen den reichsten und den ärmsten Regionen im

„Marktsozialismus“ sogar noch tiefer geworden. 1952 betrug das Pro-Kopf-Einkommen in Kosovo 23 Prozent dessen in Slowenien; hingegen waren es 1977 nur noch 15 Prozent (Laura D'Andrea Tyson und Gabriel Eichler, „Continuity and Change in the Yugoslav Economy in the 1970's and 1980's“, in *East European Economic Assessment*). Der in Slowenien produzierte soziale Überschub wird zum großen Teil auch in Slowenien neu investiert. Bei der Arbeitslosenstatistik zeigt sich

Fortgesetzt auf Seite 10

Hunderte protestieren

Politisches Asyl

„Politisches Asyl für tamilische Flüchtlinge!“ und „Stoppt die Ausweisung der Tamilen!“ forderten etwa 350 Tamilen und Deutsche am 24. Juli auf einer Protestkundgebung vor der Westberliner Gedächtniskirche. Die überwältigende Mehrheit auf dieser von der Trotzlistischen Liga Deutschlands (TLD) initiierten und der Tamil United Liberation Front (TULF) sowie der Gesellschaft für bedrohte Völker mitorganisierten Aktionseinheit waren selbst von Deportation bedrohte Tamilen. Der Protest richtete sich gegen die Abschiebepolitik des CDU-Senats, der die Tamilen zynisch als „Scheinasylanten“ denunziert hatte. Hunderte von Tamilen, die vor den singhalesischen staatlichen Todeschwadronen nach Westberlin flüchteten, sollen in die Arme ihrer Verfolger zurückgeschickt werden.

In den letzten Monaten sind fast 3000 Tamilen aus Sri Lanka in Westberlin eingetroffen, um im „demokratischen“ Westdeutschland politisches Asyl zu erlangen. Sie gehören zu den Wenigen, die der jüngsten Welle des staatlichen Terrors gegen die Tamilen entfliehen konnten, indem sie unter anderem dank sowjetischer Aeroflot-Jets in Ostberlin landeten und dann über die Friedrichstraße in Westberlin einreisten. Das Regime des Staatspräsidenten von Sri Lanka J. R. Jayewardene beabsichtigt, jede Agitation für einen unabhängigen Tamilen-Staat auf der Insel, für Tamil-Eelam, im Keim zu zerstören. Der Ausnahmezustand wurde verhängt, zunächst über die nördliche von Tamilen bewohnte Region Jaffna, inzwischen über ganz Sri Lanka. Militante Tamilen werden von Polizei und Militär verschleppt und ermordet, Wohnbereiche von Tamilen, Hindutempel und Büros tamilischer Organisationen werden niedergebrannt (siehe auch *Spartakist* Nr. 38, Juli/August).

Doch der Westberliner Senat bleibt bei seiner Asylverweigerung. Hunderte von Tamilen mußten, am Westberliner Bahnhof Zoo angekommen, zunächst nächtelang auf dem Boden der Bahnhofshalle hausen, bis ihnen Organisationen wie das Rote Kreuz notdürftige Unterkünfte besorgten. Die Seelenverwandtschaft des Westberliner CDU-Senats mit dem Tyrannen Jayewardene offenbarte sich vollends, als 139 Tamilen in den Warteschlangen vor der Asylstelle der Ausländerpolizei unter Schlagstockeinsatz festgenommen und in Abschiebehaft genommen wurden. Schon zuvor waren die Tamilen eingeschüchtert und bedroht worden! Die Ausländerpolizei verteilte Handzettel, auf denen behauptet wird, daß die Tamilen kein Aufenthaltsrecht in Westberlin hätten. Sie sollten sich „freiwillig“ zur Rückkehr entschließen, anderenfalls würden sie zwangsweise auf eigene Kosten deportiert. 60 von den ersten 125 Tamilen, die nach dieser „Wahl“, begleitet von Westberliner Journalisten, nach Sri Lanka zurückkehrten, wurden bereits auf dem Flughafen von Colombo verhaftet. Den Westberliner Journalisten war es untersagt, Kontakt mit dem Sprecher der TULF oder anderen Tamil-Organisationen aufzunehmen, Jayewardene erdreistete sich sogar, ein Gespräch zwischen ihnen und dem westdeutschen Botschafter in Colombo, Wöckel, abubrechen und Auslandstelefongespräche der Journalisten abzuschneiden.

Der Westberliner Innensenator Lummer ließ sich nicht beeindruckt. Er erklärte zynisch im SFB-Regionalfernsehen, daß es in

Sri Lanka zwar „krawallartige Auseinandersetzungen“ gäbe, aber der Tatbestand der „freiwilligen Rückkehr“ der Tamilen spräche ausreichend gegen deren angebliche Verfolgung. Ihn wird auch der jetzt über ganz Sri Lanka verhängte Ausnahmezustand und die Zunahme des Wütens des gegen die Tamilen gerichteten Terrors nicht umstimmen.

Doch es handelt sich nicht nur um die rassistische Politik des Westberliner CDU-Senats. Die gesamte westdeutsche Bourgeoisie deckt Jayewardenes Politik. Westdeutsches Kapital hat in Sri Lankas Freihandelszone unter Ausnutzung billiger Arbeitskraft reichlich investiert. So erklärte auch die Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, Frau Hammbrücher, in der Fernsehsendung *Panorama*, daß die Tamilen aus einer 50 Jahre alten Demokratie kämen (Sri Lanka wurde erst 1948 unabhängig!) und als Opposition nicht verfolgt würden. Das Zirndorfer Bundesamt lehnte die Asylanträge von 72 Tamilen ab.

Westdeutschland rühmt sich zwar, das großzügigste Asylrecht der Welt zu haben, aber bei seiner Einrichtung wurde nicht an

ohnehin nicht abgeschoben werden. Mit anderen Worten: Laßt uns die „schmutzigen“, dunkelhäutigen Asylanten rauschmeißen und die Polen- oder DDR-Flüchtlinge (zumeist auf Kosten der deformierten Arbeiterstaaten qualifiziert ausgebildet) im Namen des Kreuzzuges gegen den Kommunismus hätscheln. Beim Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 flossen der westdeutschen Bourgeoisie die Tränen: der Zuzug ostdeutscher qualifizierter Arbeitskräfte war gestoppt. Manche der reaktionären bürgerlichen Politiker sind so empört

„Schluß mit Anti-Tamilen-Terror und Diskriminierung in Sri Lanka!“ waren die Gruppe Internationale Marxisten, die Internationalen Kommunisten (Westberlin), die Liga für Menschenrechte und die Sozialistische Linke sowie u. a. Erwin Beck, Peter Brandt, Oskar Hippe, Horst Jeschke, Otto Kallscheuer, Rita Kantemir (Abgeordnete der AL) und Otto Schily.

„Man kann die jüngsten Ereignisse nicht verleugnen und vertuschen. Man kann die Gewaltorgie der Polizisten im Norden Sri Lankas nicht verschweigen“, sagte ein Vertre-



Westberlin, 24. Juli: Hunderte protestieren gegen Tamilenabschiebung

Spartakist Foto

die dunkelhäutigen Flüchtlinge gedacht, die repressiven Militärregierungen entfliehen, nicht an Türken, die vor Elend und Ausnahmezustand fliehen, nicht an verfolgte nationale Minderheiten wie die Tamilen. Westdeutschlands Asylrecht war immer für den Ostflüchtling – Arzt, Ingenieur oder Handwerker – gedacht, der seinem „demokratischen“ Recht auf westeuropäisches Einkommen nachjagt, und Türken werden nur so lange geduldet, wie man sie als billige Arbeitskräfte braucht. Westdeutschland ist zu dem Zweck hochgepöppelt worden, Bollwerk des Antikommunismus zu sein. Innenminister Baum erinnerte kürzlich Arbeitsminister Ehrenberg in ihrer Debatte über die Verlängerung des Arbeitsverbots für Asylbewerber von einem auf zwei Jahre daran, daß Flüchtlinge aus Ostblockstaaten

über den Zustrom der Tamilen, daß sie wahrscheinlich selber überlegen, ihre eigene „Mauer“ vor der Friedrichstraße aufzubauen.

Unterdrückte Minderheiten können in ihrem Kampf für ihre Rechte nur auf die Bolschewiki wirklich zählen. Dies wurde erneut dadurch bewiesen, daß nur die TLD die Initiative zur aktiven Verteidigung der Tamilen ergriff, und auch zuvor bei der Bonner Demonstration der Tamilen am 15. Juni als einzige linke westdeutsche Organisation vertreten war. Nur die Bolschewiki haben ein positives Programm für die Überwindung nationaler Unterdrückung. Die internationale Spartacist Tendenz hat eine Geschichte in der Verteidigung von Tamilen: Demonstrationen gegen den chauvinistischen Terror in Sri Lanka wurden in der Vergangenheit in New York und London organisiert, und unsere Genossen der Spartacist League/Lanka waren führend in der Verteidigung tamilischer Rechte bei einem Streik an der Universität in Colombo beteiligt.

Auf der Kundgebung am 24. Juli sprachen neben der TLD Unterstüztzer der örtlichen TULF und Tessa Hoffmann von der Gesellschaft für bedrohte Völker und schließlich angesichts der großen Kundgebungsbeteiligung doch der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW). Die kleinbürgerlich/parlamentarische Alternative Liste (AL) lehnte eine Unterstützung der Aktion ab, lediglich ihre Untergruppe „Dritte Welt“ hatte zur Kundgebung aufgerufen. Fadenscheinige Begründung der „basisdemokratischen“ AL: Beschlüsse können nur von Delegiertenversammlungen gefällt werden – da müssen die Tamilen eben solange warten, wenn sie dazu noch die Chance haben.

Andere Unterstüztzer der Kundgebung unter den Losungen „Politisches Asyl für tamilische Flüchtlinge!“, „Stoppt die Auswei-

ter der TULF in seiner Rede auf der Kundgebung. Doch darüber hinaus ist es notwendig, den verfolgten Tamilen und ihren singhalesischen Klassenbrüdern eine Perspektive des gemeinsamen Kampfes gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zu weisen, unter der Führung einer trotzkistischen Partei eine Arbeiter- und Bauernregierung als Teil einer sozialistischen Föderation in Süd-asien zu erkämpfen.

Dies war das zentrale Thema der Veranstaltung, die die TLD am nächsten Tag durchführte: „Tamilen – Schlüssel für die proletarische Revolution in Süd-asien“. In der lebhaften Diskussion rief ein Unterstüztzer der TULF für Tamil-Eelam auf. (Wir haben seine Rede unten abgedruckt.) Aber wir haben darauf hingewiesen, daß eine solche Lösung für die über eine Million staatenloser Tamil-Plantagenarbeiter enormes Elend mit sich bringen würde. Die Landarbeiter hätten die grimmige Wahl zwischen einem Verbleib in den Plantagen-KZs, den Flüchtlingslagern des ökonomisch unfruchtbaren Tamil-Eelam oder der Armut des fremden Indien.

Der Genosse der TULF sagte ebenfalls: „Wir haben den Glauben an den osteuropäischen Weg verloren, das Problem (der Tamilen) von außen zu lösen“. Die Enttäuschung der jungen Tamilen über die Politik des Stalinismus, der viele dutzend mal die proletarische Weltrevolution zugunsten illusionärer diplomatischer Entspannungspolitik verraten hat, ist verständlich. Aber besonders in Sri Lanka, wo es neben der steuerfreien Zone des Imperialismus auch die alte britische Militärbasis im Hafen von Trincomalee gibt, muß davor gewarnt werden, Imperialismus und Sowjetunion gleichzusetzen. Die ökonomischen Grundlagen der Sowjetunion müssen trotz der stalinistischen Bürokratie verteidigt werden! Trincomalee darf nicht zu ei-



Polizeiterror gegen asylsuchende Tamilen in Westberlin

Foto Mrotzkowski

...tieren in Westberlin

Syl für Tamilen!

nem Stützpunkt des US-Imperialismus werden!

Vor den über 70 Teilnehmern der Veranstaltung betonte der Genosse Frank Behr: „Die Tamilen-Frage ist nicht nur die Frage einer unterdrückten Minderheit und eines verbalen Protestes gegen ihre Unterdrückung. Es muß auch für die Leute die Konsequenz sein zu fragen, wie man diese Unterdrückung überwindet. Und das ist zentral die Frage von proletarischer Revolution, die alleine die Möglichkeit bieten kann, in einer positiven Weise die nationale Unterdrückung zu überwinden.“

Stoppt die Deportationen!

Im folgenden drucken wir die Ansprache Rolf Roskowskys, Mitglied des ZK der TLD, auf der Westberliner Protestaktion gegen die Abschiebung von Tamilen ab.

Die Ausländerhetze des Westberliner Senats fand ihren bisherigen Höhepunkt in einer Regierungslüge des Innensensors Lummer, die geflüchteten Tamilen seien Scheinasylanten. Diese Regierungslüge ist geplatzt! Jedermann weiß es inzwischen, er braucht heute nur die BZ aufzuschlagen.

Wir wenden uns auch hier mit dieser Veranstaltung gegen die gegenwärtig praktizierten Abschiebungsverfahren der 139 und der bereits Abgeschobenen, die in der Vergangenheit für die Betroffenen nur allzuoft mit Folter und Tod endeten. Wir sind in tiefer Sorge um das Schicksal der verhafteten Tamilen auf Sri Lanka, die trotz unseres eindringlichen Protests am Donnerstag unter Zuhilfenahme von leeren Versprechungen und Lockgeldern abgeschoben worden sind. *Wir kämpfen für volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter!*

Die TLD und die iST treten für das Recht der Tamilen ein, die nationale Selbstbestimmung auf Sri Lanka zu erlangen. Die internationale Spartacist Tendenz hat bereits in New York und London Solidaritätsdemonstrationen durchgeführt. In Colombo haben Genossen der Spartacist League/Lanka eine führende Rolle gespielt im Kampf gegen die Diskriminierung tamilischer Studenten an der Universität. Aber unser Weg ist der Weg eines vereinten Kampfes von singhalesischen und tamilischen Arbeitern, eines Kampfes – Klasse gegen Klasse. Wir warnen vor einer Wiederauflage der Volksfront, die in Sri Lanka durch die Bandaranaike-Regierung eine besonders blutige Tradition hat und für das Massaker von 1971 gegen die JVP verantwortlich ist.

Der Kampf muß mit Entschiedenheit gegen die Versuche des amerikanischen Imperialismus geführt werden, auf Sri Lanka Militärstützpunkte zu errichten, um sie im Rahmen der Kalten-Kriegs-Hetze gegen die Sowjetunion zu nutzen.

Wenn die nationalen Widersprüche auf der Insel unüberbrückbar werden, dann wird die Abtrennung das einzige Mittel sein, um den Weg für den revolutionären Klassenkampf zu eröffnen. Aber was wir unumgänglich brauchen, ist eine trotzkistische Partei, die die singhalesischen und tamilischen Kämpfer auf einem antichauvinistischen Programm vereinigt und die Massen der tamilischen Plantagenarbeiter, die Frauen, die singhalesischen Arbeiter und alle Unterdrückten zum Kampf für eine Arbeiter- und Bauernregierung in Sri Lanka führt, als Teil einer sozialistischen Föderation in Südasien!

Rede des Tamilen-Vertreters auf TLD-Veranstaltung

Also, ich bin kein offizieller Vertreter der TULF, aber ich werde mein Bestes versuchen. Allen Parteien ist es bis heute nicht gelungen, die nationale Frage zu lösen. Wenn man sich ihre Geschichte anschaut...

vor der Unabhängigkeit, meine ich, da wurde der Kampf für die Unabhängigkeit von der LSSP, zusammen mit den Kommunisten vor deren Abspaltung, und dann von den linken Parteien geführt. Und es waren viele Tamilen in der LSSP, und die LSSP hatte wirklich viele Anhänger unter den Arbeitern im Osten und besonders in den nördlichen Provinzen. Nach der Unabhängigkeit, als diese Leute... das Gesetz über die indischen Plantagenarbeiter... das heißt, diese wurden ihres Stimmrechts und ihrer Staatsbürgerschaft beraubt, und etwa eine Million Arbeiter wurden nach Indien verschifft, und da konnte die LSSP nichts machen. Das heißt, weder im Parlament noch außerhalb des Parlaments konnten sie sich zu einem Protest aufrufen; sie konnten überhaupt nichts auf die Beine stellen. Trotz der Tatsache, daß die indischen Arbeiter sechs Abgeordnete im Parlament hatten. Von denen waren zwei oder drei Mitglieder der LSSP. Das war der Beginn des Verrats der LSSP an den Tamilen. Von diesem Tag an verloren sie die Unterstützung unter den Tamilen. Und dann 1956 kam die Sprachenfrage auf. Wieder versagten sie. Genauso wie die Kommunisten, die Moskau-Kommunisten, konnten sie überhaupt nichts tun.

Und in der nächsten Periode, als sie mit Mrs. Sirimavo Bandaranaike zusammenarbeiteten, kam der Sirimavo-Schastrri-Pakt, als von einer Million Tamilen 600 000 nach Indien geschickt werden sollten, damit der Rest in Ceylon bleiben konnte. Das war dann wieder ein Transport von Arbeitermacht von Ceylon nach Indien. Sie haben den Explosivstoff, das Dynamit, rausgeschafft.

Dann organisierten sich die Linken, die sogenannte JVP. Sie repräsentierten die Linken – ich meine, sie waren eine wirklich militante Gruppe in Ceylon von 1968 bis 1971, als sie unterdrückt wurden. In ihrem Programm – sie hatten ein Fünf-Punkte-Programm, und der letzte Punkt richtete sich gegen den indischen Expansionismus. Und indische Expansion meint tamilische Expansion, denn in Ceylon versteht jeder, daß „indisch“ die Tamilen meint. Und das war einer der Gründe, warum sie 1971 scheiterten. Auch als sie alle festgenommen waren, wurden sie nicht

drei bis vier Jahren in einer militanten Organisation, die es jetzt in Ceylon gibt: der sogenannten „Tiger Liberation Front“.

Und so fanden all die linken Studenten, die linken Jugendlichen unter den Tamilen ihre Alternative bei den „Tigern“. Denn sie sagten, der einzige Weg, dies Problem zu lösen, ist die Errichtung eines unabhängigen Staates. Denn von der ganzen Geschichte her ist die nationale Frage sehr wichtig, mehr als die Klassenfrage. Von den Grundschul-Geschichtsbüchern, von seiner Schulzeit an bekommt jeder eingehämmert: „Du bist ein Singhalese und du bist ein Tamile.“ Das ist, was wir sagen wollen: auch wenn die TULF eine kleinbürgerliche Partei ist, wenn man sie als Partei betrachtet, so ist doch, was hinter der TULF steht, nicht kleinbürgerlich. Ich meine, all die fortschrittliche Jugend, und das sind eine ganze Menge. Sie stehen alle hinter der TULF, weil für sie die nationale Frage Vorrang hat. Und wenn es einen bewaffneten Kampf gibt, einen erfolgreichen bewaffneten Kampf, dann werden hinter dem bewaffneten Kampf die Linken stehen, das heißt die fortschrittliche Jugend von Nord-Ceylon. Wir, die Jugend-Liga der TULF, glauben, daß wir die Unterstützung der fortschrittlichen Jugend in Europa brauchen, ich meine vor allem in Westeuropa, denn wir haben den Glauben an den osteuropäischen Weg verloren, das Problem von außen zu lösen.

Irgend jemand hat gesagt, selbst wenn die Länder unabhängig sind und wir das erreichen, was wir Tamil Eelam nennen, dann können wir nicht existieren, jedenfalls ökonomisch. Ich meine, wir sind Selbstversorger, in der nördlichen und östlichen Region können wir uns mit Nahrungsmitteln selbst versorgen. Im Augenblick geben wir was an Süd-Ceylon ab.

Wir fühlen, daß wir verraten worden sind; zuerst von der UNP, dann von der LSSP, den Kommunisten, den Trotzkiisten – ich meine, den Sama-Samaja-Leuten (Gelächter) – und der JVP. Daher wollen wir uns zusammen mit Leuten organisieren, die wirklich für unsere Forderung eintreten, die wirklich eintreten für ein zukünftiges Tamil-Eelam.

Nicht Singhalesen gegen Tamilen, sondern Klasse gegen Klasse!

Schlußbemerkungen Frank Behrs, Mitglied des ZK der TLD, auf Westberliner TLD-Veranstaltung

Wir wollen nicht an die nationalistischen Gefühle der Tamilen appellieren, sondern ihnen zeigen, daß die *internationale Revolution* ihre Zukunft ist – ihre einzige Zukunft!



Nur die kürzlich gegründete Spartacist League/Lanka propagierte unter den singhalesischen Arbeitern Colombos die Verteidigung der Tamilen



Opfer des Terrors gegen die Tamilen: Der von der Armee ermordete TULF-Aktivist Balasothy

in Süd-Ceylon eingekerkert. Aus Sicherheitsgründen hielt man sie in Nord-Ceylon fest. Weil sie in ihrem Programm so antitamilisch waren, war die Regierung sicher, daß in Jaffna nichts für sie geschehen würde.

Zu diesem Zeitpunkt hat die TULF auf ihrem Kongreß 1972 die Forderung nach einem unabhängigen Staat zum erstenmal erhoben. Vorher, von 1949 bis 72 haben sie nur eine autonome Region oder wenigstens einen Bundesstaat in Ceylon gefordert. Und diese Forderung stieß auf riesige Resonanz, vor allem bei der tamilischen Jugend. Die Jugendbewegung, die Bewegung der Universitätsstudenten, die organisierten sich binnen

Wichtig in bezug auf die Verbindung zum indischen Subkontinent ist, daß wir nicht erwarten, daß der Trotzkiismus in Indien eine Klassenbewegung werden kann, wenn er nur ein tamilisch-nationalistisches Antlitz trägt. Vielmehr wissen wir, daß wir an die indischen Massen herankommen müssen, um internationale Kommunisten zu sein... Und diese Verbindung zwischen den ceylonesischen und den indischen Tamilen ist zur Zeit unsere Brücke.

Genosse W. sagte etwas sehr Beeindruckendes, mit dem ich voll übereinstimme. Die Tamilen wurden durch die UNP, die SLFP, die LSSP und die JVP verraten. Das ist rich-

tig! Es gibt auch einen miesen Gewerkschaftsbürokraten, der ehemalige Führer von Mandels VS-Sektion, Bala Tampoe, der auch recht miserabel ist. Wir werden den Tamilen, die gegen die Bourgeoisie gewinnen wollen, beweisen müssen, daß wir ernsthaft für den Kampf der vereinigten Arbeiterklasse eintreten und jede nationale Unterdrückung bekämpfen. Wir glauben, daß die Demonstrationen in London und New York, die Demonstration gestern und die Aktionen unserer Genossen in Colombo sehr kleine Schritte in diese Richtung sind.

Wir brauchten Jahre, um den Genossen Samarakkody kennenzulernen, Ex-Genossen Samarakkody. Aber als wir anfangen, in der Lage zu sein, ein bißchen singhalesisch zu verstehen, und als wir uns seine politische Arbeit einige Jahre lang angeschaut hatten, wurde eins für uns sehr klar. Es war nicht nur eine Gruppe von 20 Leuten, die ziemlich tot zu sein schien. Sie hatten auch keine Tamilen und keine weiblichen Mitglieder. Es gab junge Genossen, aber die haben wir rekrutiert...

Ich möchte etwas mehr über die Frage des Programms reden. Es ist nur ein Grundriß, aber zeigt, was notwendig ist, um die nationale Grenze zu durchschneiden. Hier im *Spartakist* (Nr. 38, Juli/August, „Sri Lanka: Stoppt den Terror gegen die Tamilen!“) gibt es eine recht gute Zusammenfassung – sie ist nicht vollständig... Es ist kein allgemeines Programm, es sind nur die scharfen Schneideflächen. Und ich sagte am Anfang, als ich Trotzki zitierte, es ist nicht allein die Frage des Schwerts... das Schwert genügt nicht, die Klinge muß scharf sein. Hier also die scharfen Schneideflächen: Freiheit für die Opfer des Staatsterrors gegen die Tamilen. Polizei und Armee raus aus Jaffna. Nieder mit der Diskriminierung von Tamilen bei Erziehung, Arbeitsplätzen und Landvergabe. Volle Staatsbürgerrechte für die tamilischen Plantagenarbeiter, Schluß mit den Deportationen (nach Indien). Für das Recht auf Rückkehr der bereits deportierten Tamilen. Gleicher Lohn für Plantagenarbeiterinnen. (Sie pflücken den Tee!) Für das Selbstbestimmungsrecht der Tamilen im Norden und Osten. Nicht Singhalesen gegen Tamilen, sondern Klasse gegen Klasse. Nieder mit der UNP-Regierung, keine neuen Volksfronten. Für eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung in Sri Lanka. Nicht ein kleines kapitalistisches Eelam, sondern proletarische Revolution auf dem ganzen indischen Subkontinent.

Eine polemische Bemerkung an Genosse W. Wenn du gewinnen willst, wenn du es mit dem amerikanischen Imperialismus und seinem Atompotential aufnehmen willst, wenn du die Revolution willst, mußt du in großen

Dimensionen denken. Gut, vielleicht produziert Eelam genug Reis. Aber ihr werdet Ärger bekommen, wenn die Ledernacken landen. Die Bolschewiki hatten eine Menge Probleme mit (einer Basis von) 120 Millionen Leuten und geographisch einem Sechstel der Welt. Und letztendlich wurde die Revolution deformiert, weil sie nicht nach Deutschland und zur Weltrevolution durchbrechen konnten.

Wir wollen gewinnen, und das bedeutet das indische Proletariat genauso wie das ceylonesische. Nicht kleine Inseln: wir brauchen die starken Bataillone des Weltproletariats. Wir beabsichtigen, sie zu kriegen! ■

NATO...

Fortsetzung von Seite 1

Errungenschaften der Oktoberrevolution. Die Trotzisten standen Seite an Seite mit ihren sowjetischen Klassenbrüdern, um den Arbeiterstaat UdSSR, trotz dessen stalinistischer Degeneration, gegen die faschistische Barbarei zu verteidigen. Revolutionäre ergriffen aber nicht Partei für die imperialistischen „Demokratien“ gegenüber dem japanischen „Tenno“ und dem deutschen „Führer“.

Jetzt sind die Imperialisten unter Führung der USA angetreten, um jenes Drittel des Erdballs zurückzuerobern, das ihnen seit der Russischen Revolution von 1917 entrissen worden ist. Reagan, Haig und Weinberger „rüsten: auf, auf, auf“ (Die Zeit, 14. August) – gegen die Sowjetunion. Da mag Breschnjew noch so sehr mit Abrüstungsmoratorien um sich werfen, die USA und NATO werden die Pershings II und Neutronenwaffe in jedem Fall stationieren. Für Kriegsgegner, die den Holocaust wirklich verhindern wollen, stellt sich an erster Stelle die Verteidigung der UdSSR gegen imperialistische Aggression. Nur weil die Krenl-Bürokratie – trotz ihrer Fiktion der „friedlichen Koexistenz“ – sich auch die Atombombe beschafft hat und die Imperialisten das Kräfteverhältnis bislang für zu ungünstig gehalten haben für den konterrevolutionären Schlag gegen die Sowjetunion, sind zentrale Errungenschaften der Oktoberrevolution wie die Planwirtschaft und das

Außenhandelsmonopol – die bei internationaler Ausweitung der kapitalistischen anarchischen Ökonomie tausendmal überlegen sind – noch vorhanden. Sozialisten, revolutionäre Jugendliche und Arbeiter müssen die Verteidigung dieser historischen Errungenschaften zu ihrer eigenen Sache machen! Die Bolschewiki stürzten den Zarismus, enteigneten den Großgrundbesitz und die Fabriken und gaben den Arbeitern und Bauern Rußlands: Land, Brot und Frieden. Die infolge der Isolation der Oktoberrevolution zur Macht gekommene stalinistische Bürokratie ist nur an einem interessiert, an der Erhaltung des Status quo. Die beste Verteidigung der UdSSR ist deswegen nicht nur der Kampf für die soziale Revolution im Westen, sondern auch der Sturz der konservativen Krenl-Bürokratie durch die politische Revolution des Proletariats.

Militärachse USA-China: Direktes Vorspiel zum Dritten Weltkrieg?

In Afghanistan bewaffnet die CIA die feudalistischen Mullahbanden gegen die Rote Armee. In Polen provoziert das Weiße Haus die Sowjetunion geradezu zum militärischen Eingreifen. In El Salvador unterstützen die USA die blutige Mörderjunta gegen die Arbeiter- und Bauernmassen, um in erster Linie Kuba und die UdSSR zu treffen. Und erstmals hat sich ein Arbeiterstaat, China unter der stalinistischen Bürokratenclique um Deng (und schon seit Mao), mit einem imperialistischen Staat verbündet, um einem



Sozialdemokrat Apel: Vom Ostermarschierer zum Kriegsminister

anderen Arbeiterstaat den Garauz zu machen. Chinas Überfall auf Vietnam 1979 hatte den Segen Washingtons. Jetzt, beim Ausbruch neuer blutiger Kämpfe zwischen China und Vietnam, meldet die bürgerliche Presse:

„Der erste größere Grenzzwischenfall seit Ende Juni kam nur kurz nachdem der amerikanische Staatssekretär James Buckley in Bangkok angedeutet hatte, daß seine Regierung keine Einwände gegen einen begrenzten chinesischen Angriff auf das von der UdSSR gestützte Vietnam erhe-

ben werde.“ (d. h. begrüßt. Zitiert nach Frankfurter Rundschau, 18. August, Hervorhebung von uns)

Chinesische Stalinisten in einem Bett mit den Vietnam-Mördern (und -verlierern) von gestern!

Reagans „Dr. Seltsam“ (...oder wie ich lernte die Bombe zu lieben“) Alexander Haig vertiefte im Juni durch seinen Waffenhändler-Besuch in Peking die amerikanisch-chinesische Allianz, die jetzt erklärtermaßen zur antisowjetischen Militärachse geworden ist – ein Bündnis zwecks Aktion gegen die UdSSR

Reformismus...

Fortsetzung von Seite 4

Griesa beträchtlich belastet; und zwar als direkte Folge ihres kläglichen Versagens, den Komplex der Preisgabe von Organisationsinterna offen zu konfrontieren. Am 9. April bezeugte Barnes, daß es zur Praxis der SWP gehört, alle Finanzbücher, die nicht für die Steuer wichtig seien, regelmäßig zu vernichten. Griesa ging an die Decke. Er wollte wissen, warum und wer dafür verantwortlich sei.

lagen sehen wollten, brach die SWP mit ihrer „jahrzehntelangen Praxis“ und rückte die Informationen heraus – nicht allein die Hauptbücher, sondern alle Unterlagen (Rechnungen, Quittungen usw.). Am 17. Juni brachte Griesa die Vernichtung der Finanzunterlagen wieder auf den Tisch und bemerkte diesmal, die SWP hätte gegen die Anforderung der Regierung auf Herausgabe der Finanzbücher Einspruch erheben können. Aber die SWP bekannte sich zum Nudismus aus Prinzip.

Dabei hatte die SWP sogar eine wertvolle Waffe in ihrem legalen Arsenal, um gegen die

Die Frage der „Namensnennung“ machte die SWP am unruhigsten. Am 9. Juni unternahm sie etwas, was wie der Versuch aussah, den Prozeß wie einen Klassenakt aussehen zu lassen (dies war zwei Monate nach Beginn der Zeugenaussagen). Sie legte dem Gericht eidesstattliche Erklärungen individueller SWP-Mitglieder vor, die die SWP bevollmächtigten, zu ihren Gunsten jegliche Schadensersatzforderung zu erheben – mit anderen Worten, eine schriftliche Anerkennung von individueller Mitgliedschaft, was zumindest einer partiellen Mitgliedschaftsliste entspricht. Es ist nicht klar, ob angesichts der Zurückweisung dieser offensichtlichen Änderung der legalen Strategie mitten im Prozeß diese Verzichtserklärungen im Besitz der Regierung sind.

Genauso skandalös ist die Geschichte mit dem geheimen „Mandigo affidavit“. Zu Beginn des Prozesses ersuchte Richter Griesa die Regierungsseite um die Zusammenstellung einer Liste der kriminellen Vergehen, die SWP-Mitglieder angeblich begangen haben sollen. Die Regierungsseite bot eine Liste an, die von FBI-Agent Mandigo zusammengestellt worden war, aber sie machte zur Bedingung, daß sie vor der SWP geheimgehalten werden sollte, um ihre Quellen nicht zu kompromittieren. Dies war ein Angebot an den Richter, offen mit dem FBI bei dem Versuch zusammenzuarbeiten, die SWP wegen angeblicher Verbrechen anzuklagen und zur selben Zeit der SWP die Möglichkeit zu nehmen, ihren Anklägern entgegenzutreten. Griesa lehnte dieses Angebot korrekterweise ab. Der Militant vom 12. Juni beschreibt die Szene folgendermaßen:

„Anfänglich wollte Richter Griesa sich die geheime Erklärung nicht ansehen ... Ich werde sie nicht akzeptieren“ ... Das erste, was sie (die SWP-Anwälte, Anmerkung d. Red.) machten, war, den Richter zu bedrängen, seine Meinung zu ändern und die Erklärung zu lesen ...“

Zum Zweck, für den sie geschrieben ist, muß die geheime Mandigo-Erklärung aus Lügen bestehen. Aber die SWP willigte wiederum in das „Informantenprivileg“ ein. Dahinter kann nur die Vorstellung stehen: alle Menschen guten Willens glauben im Interesse der nationalen Sicherheit an die Vertrauenswürdigkeit der FBI-Provokateure. Griesa war bereit, die Erklärung als unwichtig für die Urteilsfindung abzutun. Nicht dagegen die SWP, die sich offensichtlich geradezu danach sehnt, wegen Verbrechen angeklagt zu werden, um umso besser ihre Unschuld zu beweisen.

Falls dagegen die SWP wirklich erwartete, sie könnte Griesa zur Verlesung der Erklärung bringen, um so etwas über deren Inhalt herauszubringen, so sollte sie enttäuscht werden. Während des gesamten Prozesses stoppte Griesa alle Bemühungen der SWP, Regierungszeugen Informationen zu entlocken. „Während des Prozeßverlaufs“, berichtete derselbe Militant-Artikel vom 12. Juni, „kamen mögliche Hinweise über den Inhalt dieser Erklärung heraus“. Dann wird einer dieser „möglichen Hinweise“ zitiert. Am 26. Juni gab Griesa bekannt, er werde der Erklärung keine Bedeutung für die Urteilsfindung beimessen. Der Militant jubelt diesen großartigen Sieg und kehrt dann zu seinem Lieblingsthema zurück:

„Darüberhinaus – und das ist wahrscheinlich am wichtigsten – haben die Sozialisten ihre Ehrlichkeit und Integrität bewiesen, indem sie jede Frage geradeheraus beantworteten. Sie haben deutlich gemacht, daß sie nichts zu verbergen haben. Sie haben offen und sehr detailliert ausgesagt ...“

Das kann man wohl sagen!

– WIRD FORTGESETZT –

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 286, 31. Juli 1981



SWP-Führer Jack Barnes: „friedlich und legal“

Barnes versuchte das Unschuldslamm zu spielen: „Ich weiß es nicht, es gehört zu unserer Praxis seit 40 Jahren“. Immer wieder kehrte Griesa während des Prozesses auf diese Frage zurück. Ganz offensichtlich fand er, daß die unkonventionellen Geschäftsmethoden der SWP – Lohnauszahlungen in bar, keine Buchprüfungen usw. – nicht mit den Bemühungen der SWP übereinstimmten, sich selbst als das Modell bürgerlicher Ehrbarkeit in allen Bereichen zu präsentieren, als eine „sozialistische“ Partei, die so ist, wie jede andere Partei. Um wieder Boden zu gewinnen, schickte die SWP ihren Kassenswart in den Zeugenstand. Am 21. April gab er zu Protokoll, „daß angesichts der dokumentarisch bewiesenen FBI-Einbrüche die Partei diese Maßnahmen unternehmen muß, um zu verhindern, daß Unterlagen routinemäßig den Orts-, Staats- oder Bundespolizeibehörden zugeleitet werden.“ (Militant, 1. Mai) Zu spät. Die SWP prozessiert seit fast acht Jahren. Mit ihren „Selbstenthüllungen“ schon während der Voruntersuchungen und dann vor Gericht hat die SWP seitenweise Protokolle, interne Bulletins, Finanzbücher der Young Socialist Alliance (SWP-Jugendorganisation) und alles mögliche sonst abgeliefert. Mit freiwilligem Eifer nahm die SWP die Beweislast auf sich, daß sie „nichts zu verbergen“ habe. Barnes & Co. können nicht auf zwei Hochzeiten tanzen. Als die FBI-Anwälte 1980 die damaligen laufenden Finanzunter-

Herausgabe der Finanzunterlagen vorzuziehen. Vor einigen Jahren bewirkte die SWP ein bundesrichterliches Urteil, das sie von dem Gesetz befreite, welches die Namensnennung der finanziellen Unterstützer von Wahlkampagnen verlangt. Die ausdrückliche Begründung dafür war, daß solch eine Bekanntmachung im Falle der SWP ihre Wahlhelfer Repressalien aussetzen würde. Die SWP-Rechtsanwälte machten einen schüchternen Versuch, diese Entscheidung während der Aussage von Andrew Pulley am 24. April in das Verfahren einzubringen. Aber als der Richter sich weigerte, die Relevanz dieser Entscheidung anzuerkennen, ließ die SWP das Thema sang- und klanglos fallen.

Natürlich machte die SWP gegen Ende einige inkonsequente Versuche, sich gegen die Forderungen der Regierungsseite nach immer weiteren Enthüllungen zur Wehr zu setzen. In der Vormittagssitzung des 23. Juni ordnete der Richter an, daß die SWP Dokumente, die sie vorher mit Auslassungen übergeben hatte, unzensuriert aushändigen sollte. Der SWP-Anwalt erhob Einspruch und erklärte, daß für die SWP die Grenze bei der Nennung von Namen liege. Griesa antwortete, auf ein paar Namen mehr käme es jetzt auch nicht mehr an. Und so händigte die SWP zu Beginn der Nachmittagssitzung die Dokumente aus, die vermutlich Namen von SWP-Mitgliedern und Mitgliedern anderer Organisationen enthalten.

SPARTAKIST
(English language edition)
Summer 1981 DM 2,-

Contents include: El Salvador: Smash Junta Terror! – SWP's About-Face on Afghanistan – Iran/Iraq Blood Feud – Spartacist League Formed in Sri Lanka – Healyite Libel Suit: An Attack on the Workers Movement – No to the NATO Popular Front in France! – May 3 El Salvador Protests: Anti-Imperialist Contingent Draws Class Line – SWP Slanders James P. Cannon

Order from/pay to:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto:
Ffm 119 88-601 (Verlag Avantgarde)

und deren Verbündete. Die beschlossenen Waffenlieferungen der USA an die fanatisch antisowjetischen Bürokraten in Peking, die die Waffen benutzen werden, ist möglicherweise das direkte Vorspiel zum Dritten Weltkrieg – ähnlich wie die japanische Invasion der Mandchurei 1931, wo rückblickend gesehen, die allerersten Schüsse des Zweiten Weltkriegs fielen.

Neutralismus: Illusionär, konterrevolutionär

Pazifismus, Antiamerikanismus, Neutralismus und Antisowjetismus sind die zentralen politischen Punkte, die die Friedensbewegung unter der Führung der SPD, gefeuerter Bundeswehroffiziere und der Kirche, auf ihre Fahnen geschrieben hat. Pazifistische Appelle an die eigene Bourgeoisie sind im besten Fall hilflos. Tatsächlich entwaffnen sie die Arbeiterbewegung politisch im Kampf gegen den Krieg und nähren die Illusion, daß Proletariat und Bourgeoisie irgendetwas miteinander gemein hätten oder doch zumindest ein Stück gemeinsamen Weges miteinander gehen könnten („Auch ein deutscher Kapitalist bleibt von der Neutronenbombe nicht verschont ...“). Und Antiamerikanismus ist nicht gleich Antiamerikanismus. Antiamerikanismus heißt zunächst einmal zu erkennen, daß der Kampf gegen den Krieg erfolgreich nur gegen die „eigene“ Bourgeoisie und

Wirtschaftsgipfel in Ottawa auch von Reagan nicht ausreden lassen. Und Genscher gab dem polnischen Außenminister bei dessen jüngstem Besuch in der Bundesrepublik den „Rat“, Polen solle sich unter die Kuratel des Internationalen Währungsfonds stellen, wenn es weiter seine Westkredite gestundet haben möchte.

Die deutsche Bourgeoisie weiß aber gleichzeitig, daß sie ohne ihren amerikanischen Seniorpartner und die NATO nicht „leben“ kann. Es gibt keine politische und soziale Grundlage für ein „neutrales Deutschland“, wie es in den Köpfen vieler Pazifisten und Linker herumspukt. Die Frontlinie zwischen kapitalistischer und antikapitalistischer Gesellschaftsordnung verläuft quer durch Deutschland, verläuft durch Berlin. Man kann nicht zwischen den (antagonistischen) Blöcken stehen. Die Notwendigkeit der Verteidigung von DDR und Sowjetunion springt geradezu ins Auge. Sozialisten und Kriegsgegner müssen Seite beziehen. Was für einen Klassencharakter hätte denn ein „neutrales Deutschland“? Westdeutschland ist ein imperialistischer Staat und kann von Natur aus nicht neutral sein. Eine „Neutralisierung“ Gesamtdeutschlands würde kapitalistische Konterrevolution in der DDR bedeuten.

Aber die westdeutsche und Westberliner Linke betreibt auch bewußt die Sache des Antikommunismus und Antisowjetismus – das Erbe, das der politisch bankrotte und organisatorisch zerfallene Maoismus hinter-



Kriegsgegner müssen Seite beziehen. Demonstration am 8. Mai in Westberlin

Osten. Ein so revolutionär geeintes Deutschland könnte den Weg eröffnen zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

SPD-„Friedenspolitik“: Lug und Trug seit 1914

Unter der SPD wurde und wird die Bundeswehr aufgerüstet wie nie zuvor. Hans Apel möchte durch die Zurschaustellung des westdeutschen Militarismus, die öffentlichen Gelöbnisse, seine imperialistische Angriffsarmee in der Bevölkerung hoffähig machen – im November will er zum ersten Mal eine Rekrutenvereidigung in einer Fabrik durchführen.

Gleichzeitig versucht die Sozialdemokratie, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus, sich als eine Kraft zu präsentieren, die den „Frieden sichert“. Schenkt diesen reformistischen Lakaien der Bourgeoisie auch nicht für einen Pfennig Vertrauen! Leute wie Eppler und Hansen (über dessen Ausschluß aus der SPD die endgültige Entscheidung noch nicht gefallen ist) wollen das schmutzige Geschäft besorgen, hunderttausende jugendlicher Kriegsgegner an das imperialistische Bollwerk NATO zu ketten. Eppler, einer der Hauptredner auf der Bonner Demonstration am 10. Oktober, begründete sein Nein zu landgestützten Mittelstreckenraketen (segestützte Pershings sind für ihn okay) in einem Newsweek-Interview (24. August) so: „Es ist unser Recht als Partner in der NATO, nein zu sagen“ (Hervorhebung von uns). Auch Hansen – der als einziger SPD-Bundestagsabgeordneter eine Fliegerausbildung bei der Luftwaffe absolvierte – ist nicht grundsätzlich gegen die Bundeswehr. Dieser „Friedenskämpfer“ widersetzte sich dem Bau des MRCA-Flugzeugs nur, weil dessen Technologie bei Einführung in die Luftwaffenverbände bereits veraltet sein würde:

„Als die Regierungsfractionen am 9. Oktober 1974 grünes Licht für den Bau des Tornado gaben, habe ich das Milliarden Ding abgelehnt, weil es zu teuer, politisch unkontrolliert und militärisch-strategisch unvernünftig war... (Hansen 1975) Man wird sich in Zukunft fragen müssen, ob es nicht billiger ist, gleich die übernächste Generation neuer Waffen anzuschaffen ... z. B. Gelenkte Flugkörper statt MRCA.“ (Hansen 1980; zitiert nach Was lange gärt, wird endlich Wut – Der Fall Hansen, herausgegeben von Bernt Engelmann, Hamburg 1981)

Dieser „SPD-Rebell“ sagt auch ganz deutlich, daß er die in Koalition mit der durch und durch bürgerlichen Unternehmer-Lobby Genscher/Lambsdorff regierende SPD um jeden Preis an der Macht halten will. Anlässlich seines Votums gegen das Kontaktsperregesetz und die „Anti-Terror“-Gesetze (die er für ineffektiv und überflüssig hielt) 1978 im Bundestag interviewte ihn Die Weltwoche (19. April 1978):

„Würden Sie es so weit treiben, den Kanzler zu stürzen?“

Hansen: „Nein.“ ...

„Aber er könnte sich gezwungen sehen, die Vertrauensfrage zu stellen... Wie würden Sie dann stimmen?“

Hansen: „Selbstverständlich immer für die Koalition!“

Die Friedenspose der SPD und SPD-

Linken ist eine Friedensatrappe! Im August 1914 gab sie erstmals ihr Jawort zu den imperialistischen Kriegskrediten, nur Karl Liebknecht, der folgerichtig mit dem „stinkenden Leichnam“ SPD (Rosa Luxemburg) brach und den Spartakusbund gründete, sagte nein. Die SPD führte 1928 in der Weimarer Republik ihren Wahlkampf mit dem heiligen Versprechen, dem Panzerkreuzerbau ihre Zustimmung zu versagen, nur um dieses „Versprechen“ zu brechen. Und heute rüstet der ehemalige Ostermarschierer Hans Apel Bundeswehr und Armeen der übrigen „freien Welt“ mit Leopard-Panzern aus! Wer gegen den Krieg kämpfen will, kann das nur erfolgreich gegen die SPD tun. Keinerlei Unterstützung für die bürgerliche SPD/FDP-Koalition!

Vetter, Loderer & Co.: schwarz-rot-goldene Vaterlandsverteidigung

Die Gewerkschaftsspitze, voll auf Schmidt/Apel-Kurs, hat der DGB-Jugend verboten, sich an der von der „Aktion Sühnezeichen“ initiierten Großdemonstration am 10. Oktober in Bonn zu beteiligen oder den „Krefelder Appell“ zu unterschreiben. Diese pazifistischen, auf die „Reform“ der imperialistischen NATO ausgerichteten Aktivitäten sind Vetter, Loderer & Co. noch zu „linkslastig“! Stattdessen haben diese Bürokraten einen „Friedensaufruf“ aus der Tasche gezogen, mit der sie Millionen westdeutscher Arbeiter auf Russenphobie einschwören möchten. Einziger Punkt von Bedeutung in dem Aufruf: Afghanistan, Afghanistan. „Die Besetzung Afghanistans verletzt das Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes und versetzt der Entspannungspolitik einen schweren Schlag“.

Damit stimmt der DGB in das imperialistische Zeter und Mordio über den Kampf der Roten Armee gegen die feudalistischen Rebellen ein, gibt Mullahbanden Schützenhilfe, die Großgrundbesitz, Brautpreis und die Versklavung der Frau als ein Stück Vieh verteidigen.

Kein klassenbewußtes DGB-Mitglied darf seine Unterschrift unter diese antikommunistische Hetzschrift setzen! Der Kampf der Roten Armee gegen mittelalterliche Mullahherrschaft – im Gegensatz zur Unterdrückung beginnender politischer Revolutionen in der DDR 1953 und Ungarn 1956 – ist historisch fortschrittlich und muß von allen Gewerkschaftern unterstützt werden.

Fortgesetzt auf Seite 11



Links: SPD-„Rebell“ Hansen, Luftwaffenmajor der Reserve, überwand „fliegend“ seine Abneigungen gegen das Militärische“ (Frankfurter Rundschau, 24. August) Rechts: Erhard Eppler versucht, die Jugend an eine „reformierte“ (imperialistische) NATO zu ketten.

deren Regierung geführt werden kann. Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Unter der Raketenkoalition SPD/FDP ist die Bundeswehr als zweitstärkste NATO-Armee rasanter aufgerüstet worden als je zuvor. Die deutsche Bourgeoisie hat nicht weniger als die amerikanische ein historisches Interesse an der kapitalistischen Restauration im Ostblock. Lediglich ihre aktuellen, konjunkturellen Interessen unterscheiden sich von denen der amerikanischen herrschenden Klasse. Den Zeitpunkt für die gewaltsame, nukleare Konfrontation mit den degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten hält sie für noch nicht gekommen, sie setzt weiter auf die ökonomische Untermünierung des Ostens. Profite möchte sie dabei natürlich auch machen. So hat sich Helmut Schmidt das Milliardengeschäft – sowjetisches Erdgas gegen Kruppstahl – auf dem

lassen hat (so die Gleichsetzung von UdSSR und USA als „Supermächte“). Besonders kraß kam das jüngst zum Ausdruck, als die tageszeitung, repräsentativ für „Stimmungen“ eines großen Teils der „undogmatischen, alternativen Linken“, ihre Titelseite am 13. August mit der Schlagzeile überschrieb, „Reißt die Mauern ein!“

Für führende Sozialdemokraten wie Willy Brandt (Ex-Bürgermeister von Westberlin) und Egon Bahr war der 20. Jahrestag des Mauerbaus Anlaß, sich bitter über die Vereinigten Staaten zu beklagen, die vom Mauerbau vorher gewußt, somit mit dem Osten unter einer Decke gesteckt („... die weitgehend tatenlose Reaktion des Westens zeigte, wie klein das Risiko war“, Vorwärts, 6. August) und damit praktisch deutsche „nationale Interessen“ verraten hätten. Vor diese vollendeten Tatsachen gestellt, hätte sich dann die Notwendigkeit der vor Washington nicht geteilten „Entspannungspolitik“ ergeben.

Die sozialdemokratische „progressive“ Variante für eine Konterrevolution in der DDR ist besonders gefährlich, da die Sozialdemokratie über beträchtlichen ideologischen Einfluß auf das ostdeutsche Proletariat verfügt, was am deutlichsten bei Brandts Besuch in Erfurt 1970 manifest wurde, als ihm Tausende von DDR-Bürgern jubelten. Heute spiegelt sich sozialdemokratische Politik in den Aktivitäten und Schriften diverser Dissidentenkreise wider. Dieses bürgerlich-reformistische Gift muß von Revolutionären entschieden bekämpft werden.

Die Lösung der „deutschen Frage“ ist die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch die soziale Revolution im Westen und die politische Revolution im

Kontaktadressen

FRANKFURT:
Postfach 16 747
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 0611/72 70 54

HAMBURG:
Postfach 11 22 31
2000 Hamburg 11

WESTBERLIN:
Postfach 11 06 47
1000 Berlin 11
Tel.: 030/882 11 75

ABONNIERT!

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

herausgegeben von der
Trotzkistischen Liga Deutschlands – Sektion
der internationalen Spartacist Tendenz

Jahresabonnement DM 8,50
Überseeabonnement (Luftpost) DM 10, –
einschließlich SPARTACIST, theoretisches
Organ der internationalen Spartacist
Tendenz (deutsche Ausgabe)

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postcheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Polen...

Fortsetzung von Seite 12

rope: The Polish Case" in U.S. Congress, Joint Economic Committee, *East European Economic Assessment*, 1981).

Die Devisenknappheit verschonte auch die Landwirtschaft nicht, da die Regierung den Import von Schädlingsbekämpfungsmitteln reduzierte und Ersatzteile für landwirtschaftliche Maschinen westlicher Herkunft nicht besorgen konnte. Auch die Bauern spürten die Schwäche des Gierek-Regimes nach 1976 und agitierten für höhere Versorgungspreise, billigere Arbeitsmittel und andere Zugeständnisse. 1979 fielen Bauernstreiks unter der Führung von Priestern mit schlechtem Wetter zusammen, was zur Reduzierung der Getreideernte unter das Niveau von 1976 führte. Der daraus resultierende Ausfall an Futtergetreide hatte alsbald die zu erwartenden katastrophalen Auswirkungen auf den Viehbestand. Im vergangenen halben Jahr hat Berichten zufolge der Bestand an Rindern um 7 Prozent abgenommen und die Zahl der Schweine ist um 13 Prozent gefallen (*Economist*, 1. August).

Um den sozialen Frieden bei ihrem wichtigen militärischen Verbündeten aufrechtzuerhalten, hat die Sowjetunion ständig an Polen westliche Kreditgeber gezahlt. Dennoch ist die polnische Wirtschaft unter dem Gewicht einer beträchtlichen Auslandsschuld und zunehmender innerer Unruhe immer mehr den Bach heruntergegangen.

Solidarność und die kalte Doppelherrschaft

Im letzten Sommer machte das Gierek-Regime einen weiteren verzweifelten Versuch, Polen dahin zu bringen, nicht über seine Verhältnisse zu leben. Zum dritten Male in einem Jahrzehnt versuchte die Bürokratie, die Nahrungsmittelpreise zu erhöhen. Das Ergebnis ist eine Krise, die die Nachkriegswelt ändern könnte.

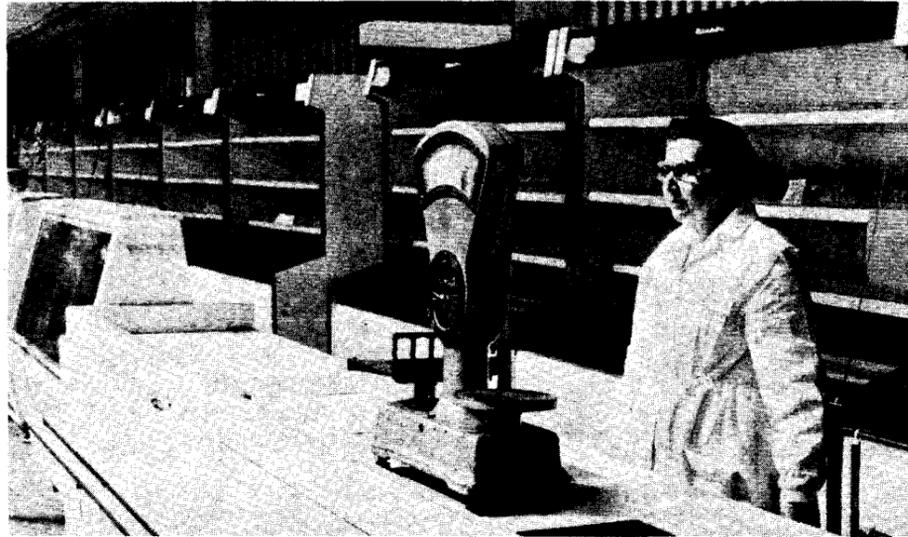
Eine Serie von lokalen Lohnstreiks kulminierte in einem gutorganisierten politischen Generalstreik, der die Ostseeküste für zwei Wochen stilllegte. Um eine Ausdehnung des Streiks auf ganz Polen zu verhindern, erkannte das Regime das Recht auf unabhängige Gewerkschaften an, was zum ersten Mal in einem stalinistisch regierten Staat vorkam. Innerhalb von wenigen Monaten nach dem Abkommen von Gdansk vom 31. August umfaßte die neue Gewerkschaftsbewegung faktisch die ganze polnische Arbeiterklasse, einschließlich einer Million Mitglieder der Kommunistischen Partei. Der polnische Soziologe Stefan Nowak weist auf die Tiefe der gesellschaftlichen Transformation hin: „Die Schnelligkeit, mit der sich 10 Millionen Polen in der Solidarność-Bewegung versammelten, zeugt von der Stärke der Bedürfnisse, denen die Bewegung dient“ („Values and Attitudes of the Polish People“, *Scientific American*, Juli 1981). Nowak stellt fest, daß „Facharbeiter jetzt die soziale Hauptkraft in Polen bilden“.

Während die neue Gewerkschaftsbewegung durchaus eine echte proletarische Massenbasis hat, ist sie jedoch von Anbeginn von proklerikalen und nationalistischen Kräften geführt worden, die der Sowjetunion feindlich, der kapitalistischen „freien Welt“ aber freundlich gegenüberstehen. Lech Walesa und seine Kollegen sehen sich selbst als Führer der ganzen polnischen Nation gegen den „von den Russen aufgezwungenen Kommunismus“. Am anschaulichsten zeigt sich das in ihrer übereifrigen Unterstützung für die Organisation der Kleinbauern, der Land-Solidarność. Somit besteht eine reale Gefahr, daß die polnische Krise die Kräfte für eine kapitalistische Restauration ganz enorm stärken könnte. Und angesichts der politischen Stärke der katholischen Kirche, der jetzt ein polnischer Papst vorsteht, ist die Gefahr der Konterrevolution keineswegs abstrakt.

Seit dem Abkommen von Gdansk haben wir betont, daß die zentrale Aufgabe einer revolutionären (trotzkistischen) Vorhut darin bestünde, die neue Gewerkschaftsbewegung zu *polarisieren*, um die Mehrheit der Arbeiter der antisowjetischen nationalistischen Führung um Walesa zu entziehen. Trotzlisten würden in Solidarność für ein Programm kämpfen, das die strikte Tren-

nung von Kirche und Staat, die bedingungslose militärische Verteidigung des Sowjetblocks gegen den Kapitalismus und Imperialismus, die politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie und die Errichtung einer Regierung in den Mittelpunkt stellt, die auf demokratisch gewählten Arbeiterräten (Sowjets) basiert und die eine sozialistische wirtschaftliche Planung (was die Kollektivierung der Landwirtschaft einschließt) durchführt. Dieses Programm bietet einen sozialistischen *Ausweg* aus den verzweifelten scheinbar endlosen Krisen, von denen Polen erschüttert wird.

Die stalinistische Bürokratie ist keine Klasse, sondern eine Kaste, die durch die Monopolisierung der politischen Organisation ihre Herrschaft ausübt. Mag das Regime in Warschau auch noch so fromme Erklärungen abgeben, so kann es doch nicht mit einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung koexistieren, am allerwenigsten, wenn diese die elementare soziale Kraft von Solidarność besitzt. Kania, Rakowski & Co. haben für



Einkauf in Polen: Kein Fleisch, keine Seife, keine Zigaretten. Ohne Arbeit kein Essen.

sich – um den Preis eines wirtschaftlichen Chaos – lediglich etwas Zeit erkaufte.

Unter Druck von Solidarność hat die Regierung die Löhne um über 20 Prozent erhöht, während die Produktion, zum großen Teil dank der Einführung der Fünftagewoche im Januar, ins Bodenlose gefallen ist. Die Förderung von Kohle, der Hauptexportware, ist im letzten Jahr um 20 Prozent gefallen und reicht kaum für die inländischen Erfordernisse. In der Landwirtschaft ist die Situation sogar noch schlechter. Die Fleischproduktion ist um 20 Prozent zurückgegangen. 1980 wurde die Kartoffelernte halbiert, die Zuckerrübenproduktion beträgt ein Viertel weniger. Um die Nachfrage dem Angebot anzupassen, hat das Regime eine Anhebung der Preise für Nahrungsmittel und andere Gebrauchsgüter um durchschnittlich 110 Prozent (!) bei gleichzeitiger Einfrierung der Löhne angekündigt. Polen ist im Begriff, aus einem extremen Fall von unterdrückter Inflation zu einem extremen Fall von offener Inflation zu werden.

Der drastische Rückgang in Produktion und Verbrauch hat das Zahlungsbilanzdefizit nicht gemildert. Im Gegenteil ist seit dem Abkommen von Gdansk Polens Verschuldung in harter Währung von 21 auf 27 Milliarden Dollar gesprungen. Die polnischen Stalinisten haben dadurch auf die Krise reagiert, daß sie sich in noch größere Abhängigkeit vom westlichen Finanzkapital begeben haben. Gleichzeitig haben sie sich darauf verlassen, daß der Kreml sie freikaufte – zum Preis von viereinhalb Milliarden Dollar in bilateralen Krediten und solchen in harter Währung seit den Streiks vom letzten Sommer.

Sie bewegen sich ebenfalls in Richtung auf größere Abhängigkeit von ihren eigenen Kleinkapitalisten. Der neue Fünfjahresplan (schon an sich ein Ausdruck eines hoffnungslosen Optimismus) sieht vor, den Anteil der Landwirtschaft an den Investitionen von 15 auf 25 Prozent zu erhöhen, wovon drei Viertel den Privatfarmen zufließen sollen (*Economist*, 11. Juli). Mit anderen Worten: es sollen fast 20 Prozent des gesamten staatlichen Investitionsfonds in die Hände der landbesitzenden Bauern gelegt werden, was die soziale Basis für die Konterrevolution erheblich stärken würde. Aber man braucht diesem ausgeprägten bürokratischen Fünfjahresplan ohnehin nicht viel Glauben zu schenken. Die

Entscheidung wird in Polen viel früher kommen und wird von ganz anderen Kräften ausgetragen.

Ein Arbeiter-Polen, ja!

Die zunehmende Anarchie in Polen und die Drohung gewaltsamer Zusammenstöße zwischen Solidarność und dem Regime könnten dazu führen, daß russische Soldaten in den Straßen von Lodz und Warschau aufmarschieren, um die bürokratische Ordnung wiederherzustellen. Ohne Zweifel wäre die Rechtfertigung der Stalinisten die Notwendigkeit zur „Bekämpfung der Konterrevolution“. Gewiß gibt es durchaus umfangreiche Kräfte zur Restauration des Kapitalismus, von der landbesitzenden Bauernschaft bis zur katholischen Kirche. Doch es ist gerade die stärkste konterrevolutionäre Macht auf der Welt, der US-Imperialismus, der den Kreml in bezug auf Polen zu *provizieren* versucht. Reagan und Haig wollen, um ihre anti-sowjetische Kriegshetze anzuheizen, polni-

sche Arbeiter sehen, die Molotowcocktails auf russische Panzer werfen.

Im besten Falle würde eine sowjetische Militärintervention zum *Einfrieren* der politischen Differenzierung in der Arbeiterklasse führen, die unumgänglich ist für die einzig progressive Lösung der polnischen Krise, für die politische Revolution des Proletariats. Zumindest würde sie die entscheidende Konfrontation zwischen den Arbeitern mit ihren stalinistischen Machthabern verschieben. Aber sie könnte auch zu weit Schlimmerem führen. Sie könnte gewaltsamen Widerstand bei den Polen entzünden, der ein Blutbad nach sich zieht, welches die Arbeiterklasse politisch zerschmettert, und sie könnte eine Explosion des antirussischen Nationalismus hervorrufen, den zu überwinden Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte kosten würde. Das wäre nicht bloß eine Niederlage für die sozialistische Bewegung, sondern eine historische Katastrophe.

Die Opposition von Solidarność gegen eine zentral geplante Wirtschaft (zum Ausdruck gebracht in Rufen nach „selbstverwalteten Unternehmen“ – siehe dazu den begleitenden Artikel auf Seite 5) und die „Hungermärsche“ sind beide Äußerungen der Anarchie, in die das Land versunken ist. Aber Polen braucht keine Anarchie – es braucht eine sozialistische Ordnung. Wenn es jemals ein schreiendes Bedürfnis nach sozialistischer wirtschaftlicher Planung gegeben hat, dann heute in Polen. Aber sozialistische wirtschaftliche Planung ist nur unter der Führung einer authentischen revolutionären Arbeiterpartei möglich. Und das erfordert den Sturz der stalinistischen Bürokratie, die das vergesellschaftete Eigentum untergräbt. Die polnischen Arbeiter und das internationale Proletariat müssen die revolutionären Errungenschaften *verteidigen*, die es Polen ermöglichen, aus der ländlichen Rückständigkeit der osteuropäischen Ebenen das zehntgrößte Industrieland der Welt zu schaffen!

Von einer proletarischen Lösung der wirtschaftlichen Krise kann keine Rede sein ohne die *Kollektivierung der Landwirtschaft* und ohne die *Annullierung der imperialistischen Auslandsschulden*. Doch diese beiden Programmpunkte stehen in direktem Gegensatz zum Klerikalnationalismus der Führung von Solidarność. Die von Solidarność beschworene Solidarität der polnischen Nation veranlaßt sie, sogar die organisierten Kleinbauern

zu verteidigen, selbst wenn sie die Nahrungsmittelpreise bei gleichzeitiger Reduzierung des Angebots in die Höhe treiben. Die Annullierung der kapitalistischen Schulden träfe gewiß auf Vergeltungsmaßnahmen wirtschaftlicher und politischer Art. Eine revolutionäre Arbeiterregierung würde einer solchen imperialistischen Vergeltung entgegenreten, indem sie die westeuropäische Arbeiterklasse aufriefe, gemeinsam mit ihr für ein neues großes Ziel zu kämpfen, die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Ein solcher Aufruf ist bei Walesa und seinen Kollegen nicht nur undenkbar, er geht vielmehr gegen ihre gesamten politischen Auffassungen.

Die Vorstellung eines „Sozialismus in einem Lande“ – mit oder ohne Arbeiterselbstverwaltung – ist ein stalinistisches ideologisches Phantasiegebilde. Es kann ganz gewiß kein „unabhängiges, sozialistisches Polen“ geben, das irgendwie unberührt bleibt von der Hetze des Kapitalismus und Imperialismus zur Zerstörung der Sowjetunion. Eine sozialistische Zukunft für Polen ist abhängig von der revolutionären Einheit der polnischen und russischen Arbeiter, einer Einheit, die gegen die stalinistische Bürokratie gerichtet ist, deren jahrzehntelange Kapitulation vor bürgerlichen Kräften für die gegenwärtige verheerende Lage verantwortlich ist. Polen braucht dringend einen großzügigen Wirtschaftsplan zum Wiederaufbau der Industrie und zur Auslösung einer technologischen Revolution in der Landwirtschaft, basierend auf der kollektivierten Wirtschaft der proletarischen Staatsmacht. Eine von trotzkistischen Parteien geführte politische Arbeiterrevolution im ganzen stalinistisch beherrschten Osteuropa würde soviel Enthusiasmus, Aufopferung und soviel Arbeitsdisziplin inspirieren, damit in Polen wieder die Arbeit läuft – und um den Weg zum Sozialismus zu öffnen.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 287
14. August 1981

„Markt-Sozialismus“...

Fortsetzung von Seite 5

das ganz deutlich. 1977 kamen in Slowenien auf jede freie Stelle im vergesellschafteten Sektor im Durchschnitt 1,5 Arbeitssuchende; in Kosovo entfielen jedoch auf jede freie Stelle 35 Arbeitssuchende! Ungleichheiten dieser Größenordnung können leicht reaktionäre nationalistische Bewegungen schüren und schaffen brauchbares Material für imperialistische Intrigen.

Wenn die Sowjetunion auch keineswegs frei von nationalen Konflikten und großrussischem Chauvinismus ist, so hat die zentrale Planung es ihr doch ermöglicht, den einst klaffenden Abgrund zwischen den fast hoffnungslos rückständigen Völkern Zentralasiens und denen im europäischen Rußland spürbar zu überbrücken. Der liberale britische Volkswirtschaftler Alec Nove, durchaus kein Bewunderer des sowjetischen Wirtschaftssystems, bestätigt dies: „Die Lohnrate in Zentralasien gleichen denen in Zentralrußland, die Preise für Baumwolle, Zitrusfrüchte, Trauben und Tabak waren vergleichsweise günstig, die in Zentralasien eingerichteten sozialen Dienste liegen auf dem üblichen sowjetischen Niveau, und die Budgetstatistiken zeigen, daß zusätzliche Summen für die Budgets der zurückgebliebenen Republiken bereitgestellt werden“ (*The Soviet Economic System*, 1977). Sicherlich würde aber eine Arbeiterregierung in der Sowjetunion die nach wie vor großen Ungleichheiten, die von der parasitären Kremlbürokratie gepflegt werden, unter anderem dadurch überwinden, daß die Abwanderung aus den überbevölkerten zentralasiatischen Republiken in die Regionen Rußlands und Sibiriens, wo Arbeitskräftemangel herrscht, ermutigt würde.

Die trotzkistische Antwort auf den bürokratischen Zentralismus

Die Befürwortung der Selbstverwaltung der Unternehmen durch Solidarność offenbart den Einfluß liberaler stalinistischer und

sozialdemokratischer Intellektueller auf der einen Seite und möglicherweise primitiver syndikalistischer Impulse auf der anderen. Ebenso spiegelt sie die nationalistische Ablehnung des „russischen Kommunismus“ wider. In den deformierten Arbeiterstaaten Jugoslawien und Ungarn wird die Tendenz der autonomen Unternehmen, kapitalistische Wirtschaftsbeziehungen neu aufleben zu lassen, von einem nach wie vor starken Staatsapparat begrenzt und eingedämmt. Aber unter den anarchischen Bedingungen Polens könnten sich selbstverwaltete Unternehmen sogar von der bloß nominellen staatlichen Kontrolle befreien.

Sollte das Programm von Solidarność jemals ausgeführt werden, dann würde es zu den Übeln, unter denen die polnischen Arbeiter bereits leiden, noch die Massenarbeitslosigkeit hinzufügen, es würde die wirtschaftliche Durchdringung durch den Imperialismus erleichtern und die Kräfte stärken, die eine Wiederherstellung des Kapitalismus betreiben. Eine Wiederherstellung des Kapitalismus hieße blutige Konterrevolution, nicht etwa ein friedlicher, allmählicher und rein wirtschaftlicher Prozeß. Aber alle marktorientierten „Reformen“, die die polnische Wirtschaft noch weiter atomisieren, können die konterrevolutionäre Gefahr nur vergrößern.

Die Befürworter des „Marktsozialismus“, wie Brus und Sik, argumentieren, daß die traditionelle Planung des sowjetischen Typs bedeutende Ressourcen, besonders auf dem Konsumgütersektor, vergeudet. Sie produziert häufig minderwertige Güter. Nutzlose Gegenstände stapeln sich in den Kaufhäusern, während an anderen Bedarfsartikeln ein chronischer Mangel besteht. All das stimmt und stellt für Trotzisten wahrhaftig keine Neuigkeit dar.

Noch bevor Stalin mit seinem ersten Fünfjahresplan den Lebensstandard herabdrückte, denunzierte die Linke Opposition die bürokratische Willkür in der wirtschaftlichen Verwaltung und die Gleichgültigkeit gegenüber dem Wohl der Verbraucher. Die Plattform der Vereinigten Opposition von 1927 verlangte „die Senkung der Preise, die in erster Linie die Gegenstände des Massenkonsums der Arbeiter und Bauern berührt“. Sie beschreibt ferner „eine Politik der Preissenkung, die mehr den Bedingungen auf dem Markt angepaßt ist, die spezifischer ist – das heißt, die die Marktposition einer bestimmten Sorte von Gütern mehr in Betracht zieht“.

1932, auf dem Höhepunkt von Stalins ökonomischem Abenteuer, schrieb Trotzki: „Die Teilnahme der Arbeiter selbst an der Leitung des Landes, seiner Politik und Wirtschaft, unmittelbare Kontrolle über die Bürokratie, Wachsen des Verantwortungsgefühls der Verwaltenden gegenüber den Verwalteten – all das würde sich zweifellos wohltuend auf die Produktion selbst auswirken, die inneren Reibungen vermindern, die kostspieligen Wirtschaftszickzacks auf ein Minimum bringen, eine gesündere Verteilung der Kräfte und Mittel sichern und letzten Endes den allgemeinen Wachstumskoeffizienten steigern. Die Sowjetdemokratie ist vor allem

Lebensbedürfnis für die Wirtschaft selbst“ (L. Trotzki, „Was nun?“).

Selbstverständlich sollte eine Arbeiterregierung unter wirkungsvollem Einsatz der Ressourcen die Sorten von Konsumgütern produzieren, die die Leute auch wirklich wollen. Aber das hat nichts zu tun mit dem atomisierten Wettbewerb zwischen den einzelnen Unternehmen. Die zentrale wirtschaftliche Verwaltung sollte die Erzeugung verschiedener Güter dauernd in enger Beratung mit Verbraucherkooperativen abstimmen, um die Marktnachfrage zu befriedigen. Natürlich ergibt es keinen Sinn – außer für einen irreführenden Gosplan-Apparatschik –, Langzeitberechnungen anzustellen, wenn es um die Anzahl von Schuhen für verschiedene Kaufhäuser oder von Schraubenschlüsseln geht, die an Autowerkstätten geliefert werden sollen. Gegenstände des Langzeitplans sind der Bau neuer Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen, Flughäfen usw., die Durchführung größerer Neuausrüstungen, Stadterneuerungen und dergleichen.

Wie Trotzki vor langer Zeit schrieb, kann nur die Interaktion der Arbeiterdemokratie, des Plans und des Marktes die Wirtschaft durch die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus leiten. Das ist das Ziel des trotzkistischen Aufrufs zur proletarischen politischen Revolution in den bürokratisch degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten: nicht rückwärts zur Anarchie des Marktes mit der dazugehörigen Inflation und Arbeitslosigkeit, nationalem Chauvinismus und imperialistischem Krieg, sondern vorwärts zum Sozialismus durch eine international geplante, auf der Sowjetdemokratie beruhende Wirtschaft.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 287, 14. August 1981

Majdanek...

Fortsetzung von Seite 2

bei einem Juden promoviert. Als eine Lagerinsassin schilderte: „Ich mußte Blechdosen voll des tödlichen Zyklon B vom Magazin in die Gaskammer tragen“, verlangte er die sofortige Festnahme des gepeinigten Opfers wegen Beihilfe zum Mord! Bock war der einzige Verteidiger, der wegen eines Ermittlungsverfahrens ausscheiden mußte. Die anderen Anwälte konnten ohne ernsthafte Behinderung das Grauen des Hitler-Faschismus beschönigen. Der Frankfurter Verteidiger Hermann Stolting II gehört selbst auf die Anklagebank oder besser noch ausgeliefert an die Polen, die sich genauer als die westdeutsche Klassenjustiz an seine Verbrechen erinnern können. Stolting – „treu zum nationalsozialistischen Staat“, wie ihm sein Nazi-Arbeitgeber bestätigte – verurteilte von Mitte 1941 bis Mitte 1943 als Ankläger an einem Sondergericht im polnischen Bydgoszcz zum Beispiel Schwarzschlächter von Schweinen zum Tod durch den Scharfrichter.

Während die westdeutsche Justiz Berufsverbote über DKP-Mitglieder verhängt, RAF-Verteidiger wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ unter Anklage stellt und RAF-Unterstützer in Hochsicherheitsstrakten begräbt, waren die Majdanek-Angeklagten fast während der gesamten Prozeßdauer auf freiem Fuß. NS-Verbrecher, die kleinen faschistischen Banden und die Mitglieder des Ku-Klux-Klans in der in Westdeutschland stationierten US-Armee können auf den Schutz durch bürgerliche Richter rechnen. SS-Massenmörder Strippel, einer der verbleibenden neun Angeklagten, hat seine blutige Spur in den Konzentrationslagern Sachsenhausen, Buchenwald, Natzweiler im Elsaß, Ravensbrück und Vught in Holland hinterlassen. 1949 erhielt er lebenslänglich für die gemeinschaftliche Ermordung von 21 jüdischen Häftlingen im KZ Buchenwald, wurde aber im Revisionsverfahren zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt; wegen „unschuldig erlittener Haft“ erhielt er eine Entschädigung von 150 000 DM. Ein anderes Verfahren wegen der Erhängung von 20 jüdischen Kindern, ihren Betreuern und 24 sowjetischen Kriegsgefangenen in Hamburg ist vom zuständigen Oberstaatsanwalt mit der zynischen Erklärung gestoppt worden: „Ihnen (den Kindern) ist also über die Vernich-

tung des Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden...“ In Anlehnung an diesen Beschluß konnte der Verteidiger der „Stute“ von Majdanek auf Freispruch plädieren: „Über die durch den Akt der Tötung selbst unvermeidbar ausgelösten Härten hinaus“ hätten die Opfer keine Schmerzen oder Qualereien zu erleiden gehabt.

Das Majdanek-Urteil zeigt, wie alle vorhergehenden NS-Prozesse in Westdeutschland, daß die Bourgeoisie und ihre Klassenjustiz, die Faschisten und ihre Versuche, die „Ehre“ des mörderischen Nazi-Regimes zu retten, tolerieren, selbst wenn sie sie jetzt noch nicht als Sturmtruppen gegen das Proletariat benötigen. Der Aufsehen erregende Fall von der Lubbe, der 1933 von den Nazis wegen Reichstagsbrandstiftung zum Tode verurteilt wurde, zeugt von dem Traditionsverständnis westdeutscher Gerichte, die sich unter Zuhilfenahme juristischer Spitzfindigkeiten weigern, Nazi-Urteile aufzuheben. 47 Jahre nach der Vollstreckung des Urteils konnte der Bruder von der Lubbes mangels einer „entsprechenden Zuständigkeitsregelung“ keine Rehabilitation erreichen. Sogar Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch mußte nach der Aufhebung des Freispruchs für van der Lubbe durch das Berliner Kammergericht zugeben, das sei „die große Schande der deutschen Nachkriegsjustiz, daß sie es nicht fertiggebracht hat, einen einzigen der Mörder in der Richterrobe zur Rechenschaft zu ziehen“ (Frankfurter Rundschau, 24. April). Vielmehr hat der westdeutsche Staat das Erbe der faschistischen „Justiz“ – wie im Fall von der Lubbe – angetreten.

Es ist kein Geheimnis, daß hochrangige Braunhemden Schlüsselpositionen in westdeutscher Politik und Wirtschaft besetzen, ganz zu schweigen von der von Nazis durchgesetzten Bundeswehr, wo im vorigen Jahr in der Münchner Bundeswehrhochschule Papierzettel mit der Aufschrift „Juden“ verbrannt wurden. Bundespräsident Carstens, selbst ehemaliges NSDAP-Mitglied, verlieh im Mai das Bundesverdienstkreuz am Bande an Josefine Jürgens für ihre „besonderen Verdienste durch selbstlose und aufopfernde Betreuung von Strafgefangenen“. Diese „selbstlose“ Betreuung galt vor allem auch den angeklagten Henkersknechten im Majdanek-Prozeß, organisiert von der „Stillen Hilfe“, die über gute Kontakte zur neonazistischen Wiking Jugend und der HIAG, der Organisation ehemaliger SS-Angehöriger verfügt!

Seit dem 8. Mai 1945 sind laut der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung der Kriegsverbrechen 87 305 Ermittlungen eingeleitet worden, verurteilt wurden jedoch nur 6449 Angeklagte. Das sind zehntausende von Freibriefen für das unermeßliche Grauen und Elend, mit dem der Hitler-Faschismus Europa überzogen hat. Aufwind auch für die seit einem halben Jahr mit großem Propagandaeinsatz wieder betriebene Kampagne zur Freilassung von Rudolf Hess, der nur dank der hartnäckigen Weigerung der Sowjetunion noch nicht entlassen wurde. Von der großbürgerlichen Frankfurter Allgemeinen Zeitung bis zur neulinken tageszeitung werden die Menschenrechte für Hitlers Stellvertreter in Beschlag genommen. Was ist mit den Menschenrechten derjenigen, die der „Endlösung“ entrinnen konnten, den Menschenrechten der Opfer der blutigen Terroranschläge in Paris, München, Bologna?

Die bürgerliche Presse lamentierte während des Majdanek-Prozesses über die Zuverlässigkeit von Zeugenaussagen nach über 40 Jahren, die schon 1965, 1969 und 1979 stattgefundenen Debatte über die Verjährung von NS-Verbrechen lebt wieder auf.

Recht und Rache für die Opfer des Nazi-Terrors war von den Nürnberger Prozessen der imperialistischen Siegermächte nach 1945 nicht zu erwarten. Die Reste der faschistischen Brut hätten nur durch die Gerichte einer Arbeiterregierung als erster Akt eines sozialistischen Neuaufbaus ausgemerzt werden können. Wenn wir auch heute die Bestrafung der Nazi-Mörder durch die Anwendung bürgerlichen Rechts fordern, so ist es eine gefährliche Illusion, vom bürgerlichen Staat ein Verbot der faschistischen Banden zu fordern. Erst die Arbeiterregierung eines wiedervereinigten revolutionären Deutschlands wird auch in Westdeutschland mit diesem Abschaum aufräumen.

NATO...

Fortsetzung von Seite 9

„Russen raus aus Afghanistan“ ist aber nicht die einzige skandalöse Aktivität der reformistischen Gewerkschaftsführer. Wer versucht, das nach Bremen schwer angeschlagene Image der imperialistischen Bundeswehr wieder aufzupolieren? Kein Geringerer als die Führung des DGB! Anfang August vereinbarten DGB und Bundeswehr eine gemeinsame 7-Punkte-Erklärung, in der es heißt:

„Wunsch und Sehnsucht nach Frieden reichen aber allein nicht aus ... Die Bundesrepublik Deutschland ... hat als Partner in dem kollektiven Sicherheitsbündnis der NATO mit anderen freien Völkern gemeinsam Verantwortung und Risiken zu tragen. Frieden muß erst möglich gemacht werden durch Selbstbehauptungswillen ...

Der Auftrag der Bundeswehr ist Friedenssicherung, Wehrdienst, aktiver Dienst für den Frieden ...

Überkommene gegenseitige Vorbehalte aus diesem historischen Spannungsverhältnis (zwischen Militär und Gewerkschaften) entbehren heute jeglicher Grundlage... Die Bundeswehr und der Deutsche Gewerkschaftsbund sind darum entschlossen, solche Vorbehalte auszuräumen. Wechselseitiges Vertrauen und Achtung vor dem Auftrage des anderen sind deshalb die Voraussetzungen für lebendige und belastbare Beziehungen zwischen der Bundeswehr und den Gewerkschaften.“ (Frankfurter Rundschau, 6. August)

Zerstört den Kapitalismus oder der Kapitalismus zerstört uns!

Diese Leute, die die westdeutsche Arbeiterklasse auf Hurratriotismus einschwören möchten, sind die gleichen, die mit der (Metall-)Tarifrunde im Frühjahr einen kräftigen Reallohnabbau absegneten und die angesichts massiv ansteigender Arbeitslosigkeit, dem Millionenraub beim Arbeitslosengeld, dem Abbau zahlreicher Sozialleistungen nichts besseres zu tun haben, als für eine „Ergänzungsabgabe“ zu agitieren, mit der der Bevölkerung noch mehr Scheine aus dem Geldbeutel gezogen und den Kapitalisten (so den Stahlkonzernen) Subventionen „zwecks Konjunkturbelebung und Schaffung von Arbeitsplätzen“ zugeschustert werden sollen.

Die westdeutsche Arbeiterklasse muß vom Einfluß ihrer sozialdemokratischen Irreführer gebrochen werden. Das Proletariat benötigt eine revolutionäre Arbeiterpartei, die Schluß macht mit der Herrschaft der Bourgeoisie und dem Massenmord imperialistischer Kriege. Wenn ihr dafür kämpfen wollt: demonstriert am 10. Oktober in Bonn mit der Trotzlistischen Liga Deutschlands! Kämpft für die Zerstörung des Kapitalismus, oder der Kapitalismus zerstört uns! ■

SPARTACIST

Ein Arbeiter-Polen, ja!
Papst Wojtylas Polen, nein!

SWP 1956 contra SWP 1980
„Reine Demokratie“ oder politische Revolution in Osteuropa...6
Afghanistan und die russische Frage
Feuerprobe für die Linke...16

DM 2,-

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 - 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

SPARTACIST
BRITAIN

Marxist monthly newspaper of the Spartacist League/Britain, section of the international Spartacist tendency

Abonnement (10 Nummern) DM 10,-

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 - 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly of the Spartacist League/U.S.

- DM 25,- for 24 issues - AIRMAIL
- DM 8,- for 6 introductory issues - AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 - 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

SPARTAKIST

Proletarisch-politische Revolution wird Polen in Gang bringen

Wirtschaftschaos in Polen

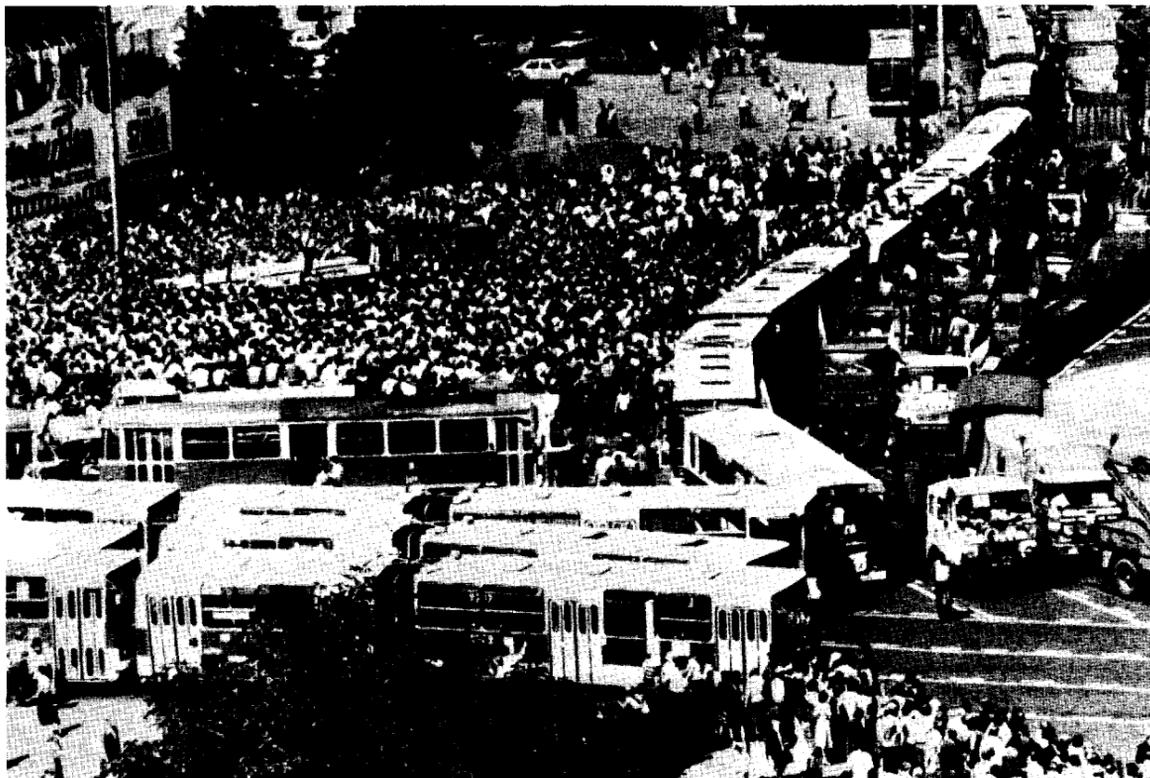
Zehntausende marschieren durch Lodz und protestieren gegen die Lebensmittelknappheit. Ein Pulk von 200 Bussen und Lastwagen legt drei Tage lang die Innenstadt von Warschau lahm; die Anführer der Aktion verlangen von der Regierung, sie solle eine Reduzierung der Fleischration um 20 Prozent zurücknehmen. Doch sogar Solidarność-Sprecher geben zu, daß die Kürzung der Ration durch tatsächliche Knappheiten erzwungen wird. Es gibt einfach kein Fleisch, keine Seife oder Zigaretten. Und jetzt plant die Regierung Preiserhöhungen um 100 bis 300 Prozent für elementare Konsumgüter. Wie lange kann das noch so weitergehen?

Seit aus dem Generalstreik im letzten Sommer eine machtvolle neue Gewerkschaftsbewegung, die Solidarność, entstanden ist, befindet sich Polen im Zustand einer kalten Doppelherrschaft. Während Solidarność und das geschwächte Regime von einer Konfrontation zur nächsten taumeln, um jeweils in letzter Minute vor der schlimmsten Konsequenz zurückzuschrecken, verfiel das Land zunehmend in ein ökonomisches Chaos. Teilweise haben die Leute aufgehört zu arbeiten, weil sie sich für die Zlotys, die sie verdienen, nichts mehr kaufen können. Aber im Grunde ist der allgemeine Zusammenbruch der Arbeitsdisziplin ein politisches Problem. Das offizielle „kommunistische“ System (tatsächlich die stalinistische bürokratische Herrschaft) ist hoffnungslos diskreditiert. Niemand glaubt mehr daran, die Zeit auf den Stand von 1980 zurückstellen zu können. Doch gleichzeitig weiß niemand, was morgen passieren wird – es gibt kein positives Ziel mehr, für das es sich zu arbeiten lohnt.

Ohne Arbeit kein Essen

Keine bedeutende Kraft in Polen kämpft für eine sozialistische Lösung der Krise. Vielmehr hat die anhaltende soziale Krise eine zutiefst anarchische Haltung hervorgebracht, die durch nationalistische Ressentiments noch angeheizt wird. Die „Hungermarschierer“ haben jedes Bewußtsein davon verloren, daß jemand die Hühner aufziehen, schlachten, rupfen und transportieren muß, damit es Geflügel in den Läden gibt. Um zu essen, muß man arbeiten! Stattdessen scheinen sie zu glauben, daß das Fleisch irgendwie in den Läden auftauchen wird, wenn sie laut demonstrieren, die Bürokratie verdammen, die historische Misere der polnischen Nation beklagen, Maria Theresia denunzieren, die Erste, Zweite und Dritte Teilung bejammern und Rußland für das Massaker im Wald von Katyn verantwortlich machen. Vielleicht denken sie, wenn sie nur genug Krach schlagen, werden die Russen, um sie zu beruhigen, ein weiteres Mal mit Geflügellieferungen von ihren Kollektivfarmen aufkreuzen, wo alte Witwen der Rotarmisten, die gefallen sind, als sie Polen von Nazi-Deutschland befreiten, die Hühner füttern.

Warschau, Mitte August: Konfrontation zwischen Solidarność und Kania & Co.



Das Regime, das möglicherweise nach der Aufnahme zweier weiterer Generale etwas härter geworden ist, hat warnend darauf hingewiesen, daß die selbsternannten „Hungermärsche“ (in Wirklichkeit verhungert niemand) zur „Explosion eines nationalen Konfliktes“ führen könnten. Und das könnten sie in der Tat. In Warschau hat am 3. August zum ersten Mal Polizei eine Solidarność-Demonstration gestoppt, um sie daran zu hindern, zum Hauptquartier der Kommunistischen Partei zu marschieren. Und über der ganzen Krise liegt von Anfang an die Drohung einer möglichen sowjetischen militärischen Intervention, wobei der Krenl einen solchen Schritt offenbar mit großem Widerwillen in Betracht zieht. Aber unabhängig von den subjektiven Absichten des Kremels, der Stalinisten in Warschau und der Führung von Solidarność treibt das wirtschaftliche Chaos Polen in den Abgrund. Wie wir in „Wohin geht Polen?“ (*Spartakist* Nr. 37, Mai 1981) schrieben: „Die massive Streikwelle in den Ostseehäfen im letzten August demonstrierte in dramatischer Weise den Bankrott der stalinistischen Herrschaft und stellte die polnischen Arbeiter vor eine historische Wahl: entweder den Weg der blutigen Konterrevolution im Bund mit dem Imperialismus oder den Weg der proletarisch-politischen Revolution zu gehen.“

Die Wurzeln von Polens Großer Krise

Polen erlebt gegenwärtig einen wirtschaftlichen Zusammenbruch, der in gewisser Weise Vergleiche mit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren nahelegt. Laut der offiziellen Prognosen wird die nationale Produktion in diesem Jahr um 15 Prozent fallen, nach einem Absinken um 4 Prozent im Jahr 1980 und von 2,5 Prozent im Jahr zuvor. Wie kann das in einer geplanten vergesellschafteten Wirtschaft geschehen?

Die direkten Ursprünge der wirtschaftli-

chen Krise liegen in dem Versuch der Bürokratie unter Edward Gierek, die kämpferische Arbeiterklasse unmittelbar nach der gewaltigen Erhebung an der Ostseeküste 1970 zu kaufen. Mit dem Versprechen einer beispiellosen Prosperität stürzte sich Gierek in ein beispielloses Importabenteuer. Ganze Fabriken und hochentwickelte, erstklassige Ausrüstungen wurden in beträchtlichem Ausmaß vom Westen erworben, ebenso fertige Konsumgüter. Das Gierek-Regime ging davon aus oder hoffte zumindest, all dies durch die Produktion einer Menge billig hergestellter Exporte zu bezahlen. Diese Hoffnungen wurden, milde ausgedrückt, nicht erfüllt. Zwischen 1971 und 1975 betrug die Kosten für die Importe das Doppelte der Exporteinnahmen und 1976 war das stalinistische Polen mit mehr als 10 Milliarden Dollar an die Bankiers von Frankfurt und Wall Street verschuldet.

Das Gierek-Regime verpfändete die polnische Wirtschaft nicht nur an das westliche Finanzkapital, sondern auch an die eigenen ländlichen Kleinkapitalisten. Während sie die Nahrungsmittelpreise für die städtischen Verbraucher einfro, erhöhte die Regierung die Versorgungspreise, die den landbesitzenden Bauern gezahlt werden. Im Ergebnis wurden die Nahrungsmittelsubventionen in den siebziger Jahren *zwanzig Mal* angehoben und belaufen sich inzwischen auf 70 Prozent der den Bauern bezahlten Preise. Privatbauern erhalten 14 Zloty für einen Liter Milch, der den Verbrauchern in den Läden für 2,90 Zloty verkauft wird. Trotz der zusätzlichen Anreize kann Polens überalterte, ineffektive Kleinbauernschaft nicht annähernd soviel produzieren, um der gestiegenen Verbrauchernachfrage zu entsprechen. Und trotz der beschwichtigenden Politik der Stalinisten bleibt das ländliche Kleinbürgertum zutiefst antikommunistisch und unter dem Einfluß der klerikalen Reaktion. Seine grundlegende gesellschaftliche Einstellung wurde kürzlich zusammengefaßt von dem britischen Journalisten Tim Garton Ash: „Es sind

gerade die konservativen katholischen Bauern im Südosten Polens, die den Kommunismus stürzen würden, sobald ein Kardinal seinen Hut fallen läßt“ (*Spectator*, 14. Februar).

Im Juni 1976 unternahm das Gierek-Regime einen Schritt, um aus der wirtschaftlichen Grube herauszukommen, welche es sich selbst gegraben hatte. Um landwirtschaftliche Produkte für den Export freizubekommen, kündigte es eine Anhebung der Lebensmittelpreise an, die sich auf durchschnittlich 60 Prozent belief. Die Arbeiter antworteten mit gewaltigen Streiks und Demonstrationen und innerhalb von 24 Stunden waren die Preiserhöhungen rückgängig gemacht. Um die knappen Devisen zu sparen, reduzierte die Regierung stattdessen den Import von Rohmaterialien und Halbfertigfabrikaten, wobei sie jedoch ein hohes Maß an Importen von Fleisch, anderen Nahrungsmitteln und fertigen Konsumgütern (einschließlich Sony-Fernsehgeräten) beibehielt! In den späten siebziger Jahren verbrauchte Polen jährlich 70 kg Fleisch pro Kopf, mehr als Italien oder Spanien. Zur gleichen Zeit konnten viele Fabriken wegen Mangel an notwendigen, im Ausland produzierten Teilen ihren Plan nicht erfüllen.

Was zu der wachsenden Krise beitrug, war eine Auflösung der Arbeitsdisziplin als Reaktion auf Giereks spektakulären Verlust an Glaubwürdigkeit bei den Ereignissen im Juni 1976. Als die Regierung den Arbeitern sagte, sie sollten ihre Gürtel enger schnallen, reagierten diese, indem sie mit ihrer Produktivität abstimmten, und das Votum lautete: kein Vertrauen. Ein amerikanischer Diplomat, der Ende der siebziger Jahre in Polen war, erinnert sich: „Ein Werksleiter erzählte mir einmal, es sei schwierig für ihn, genau zu sagen, ob es einfach ein normaler Arbeitstag in der Fabrik sei, oder ob die Arbeiter einen Bummelstreik machten oder ob sie streng nach Vorschrift arbeiteten“ (R. T. Davis, „Political-Economic Dynamics in Eastern Eu-

Fortgesetzt auf Seite 10